BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

16. JAHRGANG • NR. 105 **Juni 2017**

STANDPUNKT

2 Zusammenhalt und Zukunftschancen

WAHLKREIS

3 FES-Diskussion zu sozialen Netzwerken
3 Programm im „Haus der Geschichte“ Bonn
4 SPD verabschiedet Stephan Gatter als MdL
5 Andrea Nahles beim Veedel e.V. in Ostheim
6 SPD-Frühjahrsempfang Innenstadt
7 Besuchergruppe in Berlin

KÖLN

8 „Fraktion vor Ort“ zu Kommunalfinanzen
9 Mit Martin Schulz unterwegs in Köln
10 Ergebnisse der NRW-Landtagswahl

SPD

12 Entwurf für das SPD-Regierungsprogramm
13 SPD will Milliardeninvestitionen in Bildung

BUNDESTAG

14 Gesetze zur öffentlichen Sicherheit
15 Mehr Lohngerechtigkeit für Frauen
16 Ausbau der Kindertagesbetreuung
16 Verbesserung Erwerbsminderungsrente
17 SPD will Öffnung der Ehe für alle
18 Steuerumgehung bekämpfen
18 Gegen schädliche Steuerpraktiken
19 Armuts- und Reichtumsbericht
20 Neue Chancen für Langzeitarbeitslose
21 Breitbandausbau: Gigabit im Blick
22 SPD-Mediendialog zu Auslandssendern
24 Interview zur Deutschen Welle
26 Mitarbeiterwechel im Berliner MdB-Büro

INFOS UND IMPRESSUM

28 Arbeitsschwerpunkte, Büros, Impressum, Sitzungswochen 2017

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 24.5.2017

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Zusammenhalt und Zukunftschancen

Die SPD und Martin Schulz stehen für mehr Investitionen, Sicherheit und Gerechtigkeit in Deutschland

Bei der **Bundestagswahl am 24. September** geht es um eine gute Zukunft für unser Land. Wer hat dafür die besten Konzepte?

Die SPD will eine Politik, die alle Menschen im Auge hat, nicht nur eine bestimmte Klientel!

Deutschland ist ein **wohlhabendes Land**. Vielen geht es gut. Meist aus eigener Leistung und auch, weil politische Rahmenbedingungen mit dafür gesorgt haben. Dazu haben übrigens auch wir Sozialdemokraten beigetragen.

Aber nicht alle haben die gleichen **Lebenschancen** und profitieren vom Wirtschaftswachstum und dem Beschäftigungsrekord. Deshalb gibt es ein **Gerechtigkeitsdefizit**, das wir noch konsequenter angehen wollen als dies in der bisherigen politischen Konstellation möglich war.

Ein **zentrales Problem** in Deutschland sind **die ungleichen Bildungschancen**. Bildung bestimmt, ob jemand eine gute berufliche und soziale Perspektive hat. Und sie hat Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

Deshalb wollen wir eine **Bildungsoffensive**. Mit Milliardeninvestitionen in eine gute Schulinfrastruktur und zusätzliche Lehrer/innen. Und mit Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Studium und zur Meisterprüfung - damit niemand von Kosten abgeschreckt wird.

Das schaffen die Länder nicht alleine. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass **Bund und Länder** auf diesem Feld **stärker kooperieren** können als bisher.

Gute Bildung für alle ist gerade vor dem Hintergrund der weiter fortschreitenden Digitalisierung auch eine wichtige Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Wirtschaft. Hinzu kommen müssen **weitere Investitionen in die Infrastruktur**, insbesondere in **Verkehrswege** und **schnelle Internetverbindungen**.

Die SPD will deshalb einen wesentlichen Teil der erwarteten **Steuermehreinnahmen für zusätzliche Investitionen** nutzen. Daneben wollen wir **kleinere und mittlere Einkommen entlasten**, wobei wir neben der Steuer- auch die Beitragsbelastungen mit im Blick haben.

Weitere **Herausforderungen** sind die Gefährdungen für die Demokratie und die europäische Einigung, die von Rechtspopulisten und Nationalisten ausgehen. Auch Kriminalität, Terrorismus und autokratische Herrscher verunsichern die Menschen.

Sicherheit nach innen wie nach außen sowie der **Zusammenhalt in Europa** sind zutiefst sozialdemokratische Anliegen. Dafür steht nicht zuletzt unser **Kanzlerkandidat Martin Schulz**.

Ja, es stimmt: Nach den verlorenen **Landtagswahlen** gab es einen merklichen Stimmungsdämpfer für die SPD, auch wenn hierfür vor allem länderspezifische Umstände verantwortlich waren.

Richtig ist aber auch: innerhalb weniger Monate sind **16.000 Menschen wegen Martin Schulz in die SPD eingetreten**. Die sind noch da. Und gerade die letzten Beispiele haben gezeigt, dass sich Stimmungen auch kurz vor Wahlen noch stark drehen können. Weil sich viele erst auf der Schlussstrecke intensiver mit den Programmen auseinandersetzen. Und da hat die Sozialdemokratie im Bund die besseren und konkreteren Lösungen.

Die hohen **Zustimmungswerte** für die SPD und Martin Schulz nach dessen Nominierung haben das Potenzial gezeigt. Zugleich haben sie vordergründig die Reihen der Union geschlossen. Weil man den Machtverlust fürchtet. Dabei sind die Gegensätze zwischen CDU und CSU weiterhin da, etwa in der Flüchtlingsfrage oder der Familienpolitik.

Es geht im September auch darum, eine **Mehrheit für Schwarz-Gelb** zu **verhindern**. Deren Koalition 2009 bis 2013 bedeutete endlose Streitigkeiten und politischen Stillstand. Es waren vier verlorene Jahre. Die können wir uns nicht noch einmal leisten.

Die SPD wird mit Martin Schulz einen kämpferischen Wahlkampf führen. Wir werben für unsere Ziele: den **Zusammenhalt und gute Zukunftschancen in Deutschland!**

Herzlichst

Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Martin Dörmann

(DES)INFORMATION?!
Politische Meinungs- und Willensbildung in sozialen Netzwerken

Donnerstag, 8. Juni 2017, 18:00 Uhr

KOMED, Im Mediapark 7, 50670 Köln (Innenstadt)

Einleitender Vortrag: **Lisa-Marie Neudert** (Forscherin am Oxford Internet Institute)

Auf dem Podium: **Martin Dörmann**, MdB (Sprecher für Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion), **Ralf Paniczek** (Leiter Rechercheteam „#ZDFcheck17“), **Antje Schrupp** (Bloggerin, Journalistin und Politikwissenschaftlerin). Moderation: **Ingrid Scheithauer** (Journalistin)

Nach der USA-Wahl und vor den Wahlen hierzulande bestimmt die Sorge um die politische Meinungs- und Willensbildung den öffentlichen Diskurs. Virale Beiträge mit Desinformationen beschädigen Menschen und, so liest man, beeinflussen Wahlen. Zugleich gibt es nur wenige empirisch-erhellende Erkenntnisse über die Verbreitung von Gerüchten, Lügen und Propaganda in den sozialen Netzwerken. Die FES-Veranstaltung soll abschätzen helfen, welche Risiken sich tatsächlich abzeichnen.

Besuchsprogramm im Haus der Geschichte in Bonn mit Martin Dörmann

Ausstellungen über „Die Deutschen und ihre Autos“ und zum Grundgesetz

Martin Dörmann lädt interessierte Bürgerinnen und Bürger am **Dienstag, 4. Juli 2016, 10 bis 16 Uhr** zu einer von ihm begleiteten Halbtagesreise nach Bonn ins **„Haus der Geschichte“** ein. Auf dem Programm stehen Führungen durch die aktuelle Auto-Sonderausstellung sowie im alten Bundesrat, wo eine Grundgesetz-Ausstellung zu sehen ist.

Die Fahrt erfolgt im Reisebus ab/nach Köln. Der genaue Treffpunkt wird nach Anmeldung bekanntgegeben. Die **Kostenbeteiligung** für den Bustransfer beträgt **10 Euro** pro Person. Inkludiert ist auch ein **Mittagessen**. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird um frühzeitige **Anmeldung** im SPD-Bürgerbüro Porz gebeten: per eMail an martin.doermann.wk@bundestag.de oder telefonisch unter 02203/52144 .

Auto-Sonderaustellung

Die mit großer Resonanz angelaufene Sonderausstellung „**Geliebt. Gebraucht. Gehasst. – Die Deutschen und ihre Autos**“ widmet sich der Faszination des Autos. Ausgewählte Fahrzeuge wie ein Mercedes 600 Pullmann und der „Kult-Manta“ aus dem Film „Manta, Manta“, dazu Objekte, Medienstationen, Fotos und Dokumente machen die Faszination des Autos deutlich. Die Ausstellung mit rund 800 Exponaten beschreibt die soziale und kulturelle Bedeutung des Automobils in Deutschland vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen.

Der alte Bundesrat und das Grundgesetz

Als eines von fünf Verfassungsorganen der Bundesrepublik ist der **Bundesrat** zentraler Ort der Demokratie. Von 1949 bis zum Umzug nach Berlin im Jahr 2000 hatte er seinen Sitz in Bonn. Vertreter der Bundesländer entschieden an diesem Ort über Gesetze. Bei der Besichtigung des ehemaligen Bundesrats mit historischen Sitzungssaal erhält man einen Eindruck davon, wie debattiert wurde. Angeschlossen ist eine Grundgesetz-Ausstellung. Sie stellt die Akteure vor, die an der Entstehung 1948/49 beteiligt waren und zeigt, wie sich das Grundgesetz bis 1990 weiterentwickelt hat.

Frühlingsempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk mit Minister Mike Groschek

Verabschiedung von Stephan Gatter als Landtagsabgeordneter

17 Jahre vertrat **Stephan Gatter** Kalk und die nördliche Innenstadt erfolgreich als Landtagsabgeordneter in Düsseldorf. Zur kürzlichen Wahl war er nicht wieder angetreten. Die SPD im Stadtbezirk Kalk verabschiedete ihn am 7. Mai im Rahmen eines Frühjahrsempfangs mit zahlreichen Weggefährten unter dem Motto „Auf ein Kölsch mit Stephan Gatter“.

In seiner Eröffnungrede dankte der Vorsitzende der KölnSPD und Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** zunächst dem kürzlich aus privaten Gründen aus dem Amt ausgeschiedenen Kalker Bezirksbürgermeister **Markus Thiele**. Sein Amt übernahm Anfang des Jahres der Kalker Stadtbezirksvorsitzende **Marco Pagano**. An Stephan Gatter lobte Ott dessen Expertise für Stadtteilentwicklung, die derzeit in vielen aktuellen Bau- und Sanierungsprojekten der Kölner Infrastruktur ihren Niederschlag finde. Es stünden einige Wechsel in der Landtagsfraktion an, so Ott, doch mit Stephan Gatter scheide einer der schillerndsten Abgeordneten aus, ein Freund klarer Worte, der immer gesagt habe, wenn ihm etwas nicht passte.

Den Dankesworten schloss sich der Kalker Bezirksbürgermeister Marco Pagano an, der das Wort an den NRW-Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, **Michael Groschek**, weitergab. Der Minister zeichnete launig einige Stationen von Stephan Gatters Biografie nach und wies insbesondere darauf hin, dass dieser ihm gleich sympathisch war, da beide im Arbeitermilieu aufwuchsen. „Quatsch keine Oper, sag, was du willst, dann kriegst du Bescheid“: Diese bodenständige Haltung habe Stephan Gatter sich immer bewahrt, er sei, so der aus dem Ruhrgebiet stammende Minister, ein echter „Kumpel“ und ein kölscher „Steiger“. Dazu passend überreichte er dem scheidenden Abgeordneten einen roten Bauarbeiterhelm als Abschiedsgeschenk.

Als Bundestagsabgeordneter in Stephan Gatters Wahlkreis richtete anschließend **Martin Dörmann** einige Worte an den zu Ehrenden. Er dankte ihm und seinen Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit im gemeinsamen Bürgerbüro Kalk. Zur Erinnerung bekam Gatter ein Fotobuch und einen Sammelband seiner „Düsseldorfer Nachrichten“ geschenkt.

Als dann Stephan Gatter selbst das Wort ergriff, erheiterte er die Gäste mit einigen Anekdoten aus 17 Jahren Landtag und berichtete von erlebten und angestoßenen Entwicklungen im Politikbetrieb. Wichtig war ihm zu betonen, dass für ihn die besten „social media“ immer noch Gespräche beim Kölsch in der Kneipe seien. Deswegen werde man ihn auch in Zukunft immer noch regelmäßig in seiner Stammkneipe antreffen. Daneben werde er sich stärker im Bürgerverein Höhenberg engagieren.

Zuletzt ergriff Gatters Nachfolgerin **Susana dos Santos Herrmann** das Wort. Sie tritt nach ihrem Wahlsieg im Wahlkreis das Mandat mit Konstituierung des neuen Landtages am 1. Juni an. Sie versprach, das Bürgerbüro zu erhalten und Gatters Kampf für neue Stadtentwicklungsprojekte in Köln fortzuführen.

Bundesministerin Andrea Nahles besuchte Ostheim

Gespräch beim Veedel e.V. über Gemeinwesenarbeit und das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe“. Andrea Nahles: „Unsere Schwarz-Weiss-Fotos werden hier zu Farbbildern!“

Auf Initiative von **Martin Dörmann** besuchte die Bundesministerin für Arbeit und Soziales **Andrea Nahles** am 12. Mai den Veedel e.V. in Köln-Ostheim. Der Verein leistet dort rund um die Kinder- und Jugendeinrichtung „Am Wunschtor“ in der Gernsheimer Straße erfolgreiche Gemeinwesenarbeit. Im dortigen Wohnquartier leben rund 2.500 Menschen.

Die Geschäftsführer **Rolf Blandow** und **Andreas Hansmann** begrüßten die Ministerin und gaben zusammen mit anderen MitarbeiterInnen sowie ehrenamtlichen Helfern einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten des Vereins. Sie reicht von der Hausaufgabenhilfe über den Hausmeisterservice bis hin zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen: „Im Grunde sind wir hier Ansprechpartner für alles.“

An der Diskussionsrunde nahmen neben Andrea Nahles und Martin Dörmann auch die Bürgermeisterin der Stadt Köln **Elfi Scho-Antwerpes,** der Landtagsabgeordnete **Jochen Ott** sowie Ratsmitglied **Susana dos Santos Herrmann** teil. Die SPD-Politiker unterstützen die Gemeinwesenarbeit seit vielen Jahren. Der Verein profitiert von einigen Förderprogrammen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, daher erstreckten sich die Diskussion von sozialer Stadtentwicklung bis hin zur Arbeitsmarktpolitik. Im Zentrum stand dabei das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, das Teil von Andrea Nahles‘ Konzept zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit ist. So werden bis 2018 rund 10.000 Bezieher von Arbeitslosengeld II gefördert. Andrea Nahles will das Programm ausweiten und in den Regelbetrieb überführen. Darin wurde sie von allen Teilnehmern ausdrücklich bestärkt: „Das ist für uns eine ganz wichtige Unterstützung.“

Die Ministerin zeigte sich beeindruckt vom Engagement des Vereins: „Es ist toll zu sehen, wie die von uns zur Verfügung gestellten Mittel hier konkret in den Stadtvierteln helfen. In Berlin machen wir die Schwarz-Weiss-Fotos, hier werden sie zu Farbbildern!“

Martin Dörmann erlebte eine sichtlich bewegte und motivierte Ministerin: „Andrea Nahles war ganz begeistert vom familiären Zusammenhalt vor Ort. Da wisse man, wofür wir arbeiten, sagte sie mir nach dem Besuch. Ein dickes Dankeschön an alle hauptamtlichen Kräfte und die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Sie leisten hier eine tolle und unverzichtbare Arbeit, die wir unbedingt weiter unterstützen müssen. Vordringlich ist dabei die Überführung des bisherigen Provisoriums mit Containern in ein echtes Bürgerhaus.“

Demonstration zum 1. Mai

Die traditionelle Demo und Kundgebung in Köln zum 1. Mai stand diesmal unter dem Motto „Wir sind viele. Wir sind eins.“ Trotz Regenwetters kamen viele um für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und einen handlungsfähigen Staat einzutreten, darunter als Gastrednerin NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Frühlingsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt

Gespräche mit SPD-Mandatsträgern und Wissenschaftsministerin Svenja Schulze

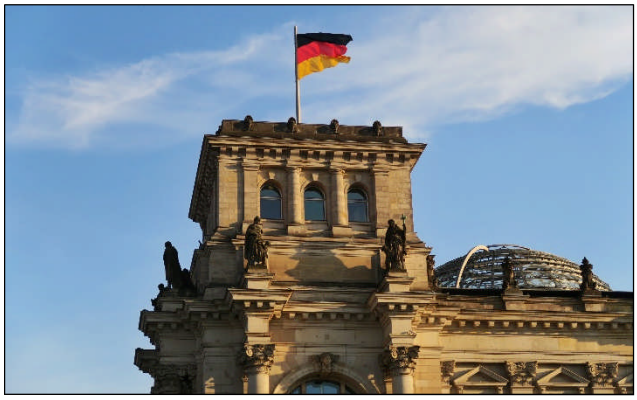
Der Einladung des SPD-Stadtbezirks Innenstadt zum traditionellen Frühjahrsempfang folgten am 2. April gut 150 geladene Vertreter/innen aus Politik, Kultur, Vereinen und Institutionen in die „Bel Etage“ des Schokoladenmuseums. Der Vorsitzende des Stadtbezirks **Tim Cremer** begrüßte als Gastrednerin die NRW-Wissenschaftsministerin **Svenja Schulze.** Diese machte auf Erfolge der Landesregierung aufmerksam und konnte von Milliardeninvestitionen in den Forschungs- und Hochschulstandort Köln berichten.

Die Mandatsträger im Bund **Elfi Scho-Antwerpes** und **Martin Dörmann** sowie die Landtagsabgeordnete **Ingrid Hack** und die Kandidatin für den Landtag **Susana dos Santos Herrmann** berichteten zu aktuellen Themen. Auch die Mandatsträger der Innenstadt aus dem Rat der Stadt Köln **Karl-Heinz Walter** und **Dietmar Ciesla-Baier** waren gekommen. Die Gäste genossen neben den politischen Gesprächen die herrliche Aussicht auf die Altstadt und leckere Speisen.

Martin Dörmann, Elfi Scho-Antwerpes, Svenja Schulze, Tim Cremer, Susana dos Santos Herrmann und Ingrid Hack (v.l.) freuten sich über einen gelungenen Empfang über den Dächern von Köln

Martin Dörmann empfing eine Kölner Besuchergruppe in Berlin

Auf Einladung von **Martin Dörmann** war Mitte Mai wieder eine 50-köpfige Besuchergruppe aus dem Wahlkreis vier Tage zu Gast in Berlin. Unter den Bürgerinnen und Bürgern waren diesmal Vereinsvertreterinnen und -vertreter des **RSV Urbach** sowie der „**Poorzer Nubbele“** dabei. Die vom Bundespresseamt und dem Wahlkreisbüro Köln organisierte Fahrt bot Einblicke in das politische Leben der Bundeshauptstadt, zudem Besuche des Reichstages, historischer Gedenkstätten und von Ausstellungen.



Am Donnerstag erlebte die Gruppe im Bundestag eine Plenarsitzung mit einer lebendigen Debatte zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“. Im Anschluss daran gab es eine spannende Diskussion mit Martin Dörmann über die Arbeit eines Abgeordneten, parlametarische Abläufe sowie Verkehrs- und Umweltthemen.

Bei dieser Gelegenheit setzten die „Poorzer Nubbele“ einen tollen Kunstakzent. Als Gastgeschenk überreichte Präsident **Markus Galle** an Martin Dörmann ein schönes Bild der Künstlerin **Anna Köpnick** mit dem Titel „Die Nubbelverbrennung“ – das ist nach eigenen Angaben die Lieblings- beschäftigung der Karnevalisten.

Am Freitag hinterließ das ehemalige Gefängis des sowjetischen Geheimdienstes mit seinen bewegenden und bedrückenden Geschichten bei Vielen einen bleibenden Eindruck. Von dort aus ging es weiter zum Schloß Cecilienhof. Dort trafen sich nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges Vertreter der Siegermächte um über die Neuordnung Deutschlands zu beraten. Im Museum für Film und Fernsehen, der „Kinematek“ am Potsdamer Platz, gab es schließlich allerlei spannende Einblicke in deutsche Kino-Highlights.

Wohl einer der unterhaltsamsten Programmpunkte für viele war am letzten Tag der Besuch der Ausstellung „Alltag in der DDR“ in der Kulturbrauerei in Berlin-Prenzlauer Berg. Hier finden sich nicht nur unzählige skurrile Gegenstände des Lebens in der DDR, sondern auch Dinge des alltäglichen Lebens, wie Briefe von Schulkindern mit ihren Zukunftsvorstellungen, ein nachgebauter, voll bestückter DDR-Kiosk oder ein Trabant mit Zeltaufsatz.

Die drei SPD-Abgeordneten im Land- und Bundestag für Porz, Kalk und nördliche Innenstadt

Bei der NRW-Landtagswahl zog **Jochen Ott** (Wahlkreis Porz/Kalk-Ost) erneut in den Landtag ein, diesmal über die SPD-Landesliste. Neue direkt gewählte Landtagsabegordnete für Kalk-West und die nördliche Innenstadt wurde **Susana dos Santos Herrmann** (siehe Wahlergebnisse auf Seite 11). Zusammen mit **Martin Dörmann** bilden die beiden das Abgeordnetenteam der SPD im Bundestagswahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt. Die gemeinsamen Bürgerbüros in Porz und Kalk werden wie bisher fortgeführt. Die Konstituierung des Landtags erfolgt am 1. Juni.

„Fraktion vor Ort“ der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

„Für starke Kommunen“
Entlastung für Städte und Gemeinden

Vortrag und Diskussion mit

Bernhard Daldrup, MdB

Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Montag, 3. Juli 2016, 19:00 Uhr

Bürgerhaus Stollwerck,
Dreikönigenstraße 23, 50678 Köln (Innenstadt)

Kommunen sorgen für Schulen, Straßen, Kindergartenplätze, Arbeitslosenunterstützung, Internetanschlüsse, Strom- und Wasserversorgung und vieles mehr. Viele Kommunen sind mittlerweile jedoch nicht mehr imstande, den Bürgerinnen und Bürgern die Versorgung zu bieten, die sie zu Recht erwarten. Obwohl die Kommunen unter dem Strich in den letzten Jahren Steuern in Rekordhöhe eingenommen haben, steht vielen das Wasser bis zum Hals. Nicht allen Kommunen geht es schlecht. Aber die Schere zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Kommunen öffnet sich immer weiter.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Großen Koalition eine Reihe finanzieller Entlastungen für Kommunen durchgesetzt, sei es bei den Sozialausgaben, dem Kita-Ausbau und der Flüchtlingsunterbringung. Zudem wurde ein kommunales Investitionspaket auf den Weg gebracht, das speziell finanzschwachen Kommunen unter die Arme greift. Die SPD steht an der Seite der Kommunen!

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten möchten über die Politik der SPD-Bundestagsfraktion für zukunftsfähige Städte und Gemeinden informieren und laden herzlich ein, über die kommunalpolitischen Herausforderungen und sozialdemokratischen Lösungsansätze zu diskutieren. Gastredner ist Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Gespräche beim Kölner Stadt-Anzeiger

Mit Betriebsräten sprach **Martin Dörmann** beim Kölner Stadt Anzeiger über die Arbeitsbedingungen der JournalistInnen, mit Herausgeber **Christian DuMont Schütte** über die wirtschaftliche Lage der Verlagsbranche. Schließlich ging es in einem Redaktionsgespräch mit Chefredakteur **Carsten Fiedler** um aktuelle medienpolitische Themen wie Fake News. Es ist gut, dass wir in Deutschland trotz mancher Probleme immer noch eine vielfältige Medienlandschaft haben. Die müssen wir erhalten und stärken.

Redaktionsbesuch bei RTL West

Der Sender RTL hat seinen Sitz seit einigen Jahren im Wahlkreis von Martin Dörmann. Mit den Verantwortlichen sprach er kürzlich über Medienregulierung und Urheberrecht. Zudem besuchte er die Redaktion von RTL West und konnte sich dort ein Bild vom hohen journalistischen Anspruch des Regionalmagazins für NRW verschaffen. Dank an Programmchef **Jörg Zajonc** und Moderatorin **Claudia Hesse**. Weiterhin viel Erfolg für das wichtige Regionalfenster!

„Köln stellt sich quer!“

Buntes Köln statt braune Parolen! Hannelore Kraft und tausende friedliche Demonstranten setzten am 22. April ein Zeichen gegen den Rechtspopulismus der AfD - für Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität!

Mit Martin Schulz unterwegs in Köln

„Pulse of Europe“ und Clubkonzert gegen Rechts

Gemeinsam mit **Martin Schulz** war **Martin Dörmann** am 23. April beim Treffen der pro-europäischen Bewegung „Pulse of Europe“. Sie trifft sich auch in Köln, und zwar jeden Sonntag um 14 Uhr auf dem Roncalliplatz. Eine klasse Initiative, die gute Stimmung verbreitet und volle Unterstützung verdient. Ziel ist es, ein Zeichen zu setzten, dass sich viele Menschen aktiv für den Erhalt eines demokratischen und rechtsstaatlichen, vereinten Europas einsetzen.

Im Rahmen eines Clubkonzerts gegen Rechts im Kölner „Stadtgarten“ am Abend mit dem iranischen Musiker **Shahin Najafi** plädierte Schulz für gleichen Respekt für alle Menschen und mehr soziale Gerechtigkeit. In einer kleinen Talkrunde fand er klare Worte zur AfD: „Eine Partei, in der Frauke Petry als gemäßigt gilt, ist nichts anderes als rechtsextrem!“ Er zeigte sich zudem zuversichtlich, dass bei den französischen Präsidentschaftswahlen ein Sieg Marine Le Pens verhindert werde.

„Die Verunsicherung der Menschen hat etwas mit Zukunftsangst zu tun und dass sie häufig in der sozialen Sicherheit bedroht sind. Gerechtigkeit ist das beste Instrument gegen Verängstigung“, so Schulz. Außerdem müsse es mehr Respekt in unserem Land geben: „Auch der Busfahrer hier in Köln hat einen verantwortungsvollen Beruf und verdient Respekt.“

Ergebnisse der NRW-Landtagswahl 2017

Regierungswechsel: Knappe Mehrheit für Schwarz-Gelb

Die bisherige rot-grüne Mehrheit ging verloren. CDU und FDP gewannen deutlich hinzu und werden voraussichtlich eine Koalition bilden. Sie hätte eine knappe Mehrheit von einer Stimme. Der AfD gelang mit 7,4 % erstmals der Einzug in den Landtag NRW. Unter der 5 %-Hürde blieben die Piraten (deutlich) und die Linke (knapp). **Hannelore Kraft** übernahm die Verantwortung für die Wahlniederlage und trat von ihren Parteiämtern zurück. Ihr gilt Dank und Respekt für ihren leidenschaftlichen Einsatz für Nordrhein-Westfalen. Neuer Vorsitzender der NRW SPD soll **Mike Groschek** werden. So lautet der einstimmige Vorschlag des Landesvorstandes für den Parteitag am 10. Juni. Als neue Generalsekretärin ist **Svenja Schulze** vorgesehen.

Stimmergebnisse in NRW

Partei	Zweitstimmen (%)	Veränderung
SPD	31,2	- 7,9
CDU	33,0	+ 6,7
Grüne	6,4	- 4,9
FDP	12,6	+ 4,0
Piraten	1,0	- 6,8
Linke	4,9	+ 2,4
AfD	7,4	+ 7,4
Sonstige	3,5	- 0,9

Sitzverteilung im Landtag

Partei	Sitze	Veränderung
SPD	69	- 30
CDU	72	+ 5
Grüne	14	- 15
FDP	28	+ 6
AfD	16	+ 16
GESAMT	237	+ 68

Wahlbeteiligung: 65,2 % (+ 5,6%)

Zusammensetzung der SPD-Landtagsfraktion

Diese 72 Mitglieder der SPD-Fraktion wurden in den Landtag gewählt (neue Abgeordnete kursiv):

Altenkamp, Britta
Baran, Volkan
Becker, Andreas
Bell, Dietmar
Berghahn, Jürgen
Bialas, Andreas
Bischoff, Rainer
Bongers, Sonja
Börner, Frank
Börschel, Martin
Bovermann, Rainer
Büteführ, Nadja
Butschkau, Anja
Dahm, Christian
Dos Santos Herrmann, Susana
Dudas, Gordan
Fortmeier, Georg
Ganzke, Hartmut
Gebhard, Heike
Göddertz, Thomas
Gödecke, Carina
Hammelrath, Gabriele
Herter, Marc
Hübner, Michael
Jäger, Ralf
Jahl, Armin
Jörg, Wolfgang
Kämmerling, Stefan
Kampmann, Christina
Kapteinar, Lisa
Kopp-Herr, Regina
Körfges, Hans-Willi
Kossiski, Andreas
Kraft, Hannelore
Kramer, Hubertus
Kutschaty, Thomas
Löcker, Carsten
Lück, Angela
Lüders, Nadja
Lux, Eva
Maelzer, Dennis
Müller, Frank
Müller-Witt, Elisabeth
Neumann, Josef
Ott, Jochen
Philipp, Sarah
Römer, Norbert
Rudolph, Karsten
Schmeltzer, Rainer
Schneider, Rene
Schultheis, Karl
Schulze, Svenja
Spanier-Oppermann, Ina
Stinka, Andrè
Stock, Ellen
Stotz, Marlies
Sundermann, Frank
van den Berg, Guido
Vogt, Alexander
Voigt-Küppers, Eva
Warden, Marion
Watermann-Kras, Annette
Watermeier, Sebastian
Weiß, Rüdiger
Wenig, Christina
Weske, Markus
Wolf, Sven
Yetim, Ibrahim
Yüksel, Serdar
Zimkeit, Stefan

→ ***Weitere Infos unter:*** **www.spd-fraktion.landtag.nrw.de/spdinternet/www/startseite/index.jsp**

So hat Köln gewählt

SPD bleibt stärkste Kraft und holt vier von sieben Wahlkreisen direkt

Die SPD konnte in Köln trotz deutlicher Verluste ihre Stellung als stärkste Partei behaupten. Die absolut und relativ größten Verluste hatten die Grünen. Stimmzuwächse konnten CDU, FDP, Linke und AfD verbuchen.

Die SPD gewann mit **Martin Börschel**, **Susana dos Santos Herrmann**, **Gabriele Hammelrath** und **Andreas Kossiski** vier Direktmandate. **Jochen Ott** verlor zwar seinen Wahlkreis, zog jedoch über die Landesliste erneut in den Landtag ein. Von anderen Parteien kamen sechs Abgeordnete über Liste in den Landtag.

Weitere Kölner Ergebnisse: siehe nächste Seite

Stimmergebnis in Köln

Partei	Zweitstimmen (%)	Veränderung
SPD	28,1	- 7,3
CDU	26,6	+ 7,4
Grüne	11,8	- 7,8
FDP	13,8	+ 4,0
Linke	7,4	+ 3,4
AfD	6,0	+ 6,0
Sonstige	5,4	- 7,0

Das Kandidatenteam der KölnSPD

Mike Groschek soll neuer SPD-Vorsitzender in NRW werden

Erststimmenergebnisse in den sieben Kölner Landtagswahlkreisen

Wahlkreis	SPD-Kandidat/in	SPD	CDU	Direkt gewählt
13 Köln I Rodenkirchen, südliche Innenstadt	**Ingrid Hack**	28,6 %	**34,2 %**	**Oliver Kehrl (CDU)**
14 Köln II Lindenthal	**Lisa Steinmann**	29,0 %	**37,0 %**	**Bernd Petelkau (CDU)**
15 Köln III Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	**Gabriele Hammelrath**	**32,9 %**	21,7 %	**Gabriele Hammelrath (SPD)**
16 Köln IV Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	**Andreas Kossiski**	**34,3 %**	34,2 %	**Andreas Kossiski (SPD)**
17 Köln V Porz, Brück, Rath/Heumar, Merheim	**Jochen Ott**	35,5 %	**36,1 %**	**Florian Braun (CDU)**
18 Köln VI Kalk, nördliche Innenstadt/Deutz	**Susana dos Santos Herrmann**	**32,1 %**	26,5 %	**Susana dos Santos Herrmann (SPD)**
19 Köln VII Mülheim	**Martin Börschel**	**38,3 %**	26,5 %	**Martin Börschel (SPD)**

Zusätzlich über die Landeslisten der Parteien gewählte Kölner Abgeordnete:

SPD: **Jochen Ott;** Bündnis 90/Die Grünen: **Berivan Aymaz**, **Arndt Klocke**; FDP: **Yvonne Gebauer**; AfD: **Roger Beckamp**, **Iris Dworeck-Danielowski**, **Sven Tritschler**.

Zweitstimmenergebnisse für die beiden Landtagswahlkreise im Bundestagswahlkreis Köln I

Wahlkreis 17 Köln V
(Porz, Poll, Merheim, Brück, Rath/Heumar)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	28,7	- 9,0	18.256
CDU	31,2	+ 8,5	19.188
Grüne	7,1	- 6,1	4.360
FDP	13,0	+ 3,6	7.976
AfD	8,4	+ 8,4	5.165
Linke	5,4	+ 2,6	3.334

Wahlkreis 18 Köln VI (Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, Innenstadt Nord)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	28,6	- 7,0	15.734
CDU	22,3	+ 6,0	12.288
Grüne	13,4	- 8,1	7.376
FDP	12,3	+ 3,8	6.767
AfD	6,6	+ 6,6	3.334
Linke	10,8	+ 6,3	5.959

Stimmergebnisse umgerechnet auf den Bundestagswahlkreis Köln I

Erststimmen (WK 17 + 18)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	33,8	- 6,7	39.441
CDU	31,3	+ 6,5	36.737
Grüne	9,2	- 10,4	10.475
FDP	8,0	+ 3,0	9.338
AfD	6,7	+ 6,7	7.547
Linke	7,5	+ 3,9	8.521

Zweitstimmen (WK 17 + 18)

Partei	Prozent	Veränderung	Stimmen
SPD	28,6	- 8,5	39.102
CDU	26,8	+ 7,3	31.476
Grüne	10,2	- 7,2	11.736
FDP	8,9	+ 2,3	9.387
AfD	7,5	+ 7,5	8.499
Linke	8,1	+ 4,4	9.293

Entwurf für das SPD-Regierungsprogramm

Gerechtigkeit, Zukunft und Europa als zentrale Themenfelder

Am 22. Mai hat der SPD-Parteivorstand einen **Leitantrag** für das Regierungsprogramm beschlossen. Vorausgegangen war ein intensiver Diskussionsprozess in Partei und Öffentlichkeit. Abschließend beraten wird das **SPD-Regierungsprogramm 2017** auf einem **Bundesarteitag am 25. Juni**. Bis dahin soll das Programm noch weiter präzisiert werden, insbesondere bezüglich des Renten- und Steuerkonzeptes.

Mehr Gerechtigkeit in Deutschland durch Investitionen in Bildung, stärkere Unterstützung für Familien und eine deutliche Entlastung von Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen – das sind zentrale Forderungen im Entwurf, in dem zudem die Gestaltung der Zukunft und die Stärkung der europäischen Idee im Mittelpunkt stehen.

2017 ist ein entscheidendes Jahr. Die SPD tritt an, um mit Martin Schulz als Bundeskanzler die Weichen für die Zukunft Deutschlands und Europas zu stellen. Die Bundestagswahl ist eine grundsätzliche Entscheidungen darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Werte, die als selbstverständlich galten, stehen auf dem Spiel. Für diese Werte kämpfen wir, wie wir es in unserer langen Geschichte immer getan haben.

Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unsere Demokratie und den Zusammenhalt in unserem Land. Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Zusammenhalt und Wohlstand.

Viele sagen, dass es ihnen eigentlich gut geht, aber sie spüren auch, dass es in unserer Gesellschaft nicht überall gerecht zugeht. Sie berichten von ihren Schwierigkeiten, den Hoffnungen ihrer Eltern und Zielen ihrer Kinder. Alle eint der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die zusammenhält. Es ist der Wunsch nach einem Land, in dem wir füreinander da sind und uns gegenseitig mit Respekt begegnen. Mehr Gerechtigkeit und Respekt vor der Lebensleistung aller Menschen stärken unsere Demokratie.

Die Kernforderungen im Programm:

Starke Familien, beste Schulen und gute Pflege

Wir unterstützen Eltern mit der Einführung der Familienarbeitszeit. Die Kitagebühren schaffen wir schrittweise ab und führen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern ein. Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Wir schaffen das Kooperationsverbot komplett ab. Wir führen die Familienarbeitszeit und das Familiengeld bei der Pflege ein.

Moderne Ausbildung und sichere Arbeit

Wir schaffen die sachgrundlose Befristung ab. Wir wollen einen Pakt für anständige Löhne und stärkere Tarifbindung. Starke Gewerkschaften sind die Voraussetzung für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Arbeit flexibler gestalten, um Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Ein wichtiger Baustein ist das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit.

Wir werten soziale Berufe auf und entwickeln sie zur dualen Ausbildung weiter. Dadurch machen wir sie nicht nur gebührenfrei, sondern schaffen eine Ausbildungsvergütung. Wir starten eine Qualifizierungs-Offensive für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ein Recht auf Weiterbildung. Mit einer Ausbildungsgarantie wollen wir allen Jugendlichen die Möglichkeit einer vollwertigen Berufsausbildung geben. Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig. Das Studierenden-Bafög soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet werden.

Eine starke Wirtschaft und mehr Investitionen

Der Schlüssel für den Erfolg unserer Wirtschaft sind höhere Investitionen. Die SPD startet eine Investitionsoffensive in Deutschland. Wir werden unnötige Bürokratie abbauen und den Mittelstand entlasten.

Ein starker Sozialstaat

Menschen, die lange gearbeitet haben, sollen einen Anspruch auf eine Rente über Grundsicherungsniveau haben. Wir werden das Renteneintrittsalter nicht erhöhen und das Rentenniveau und den Beitragssatz stabilisieren. Wir verlängern das Arbeitslosengeld um die Dauer von Qualifizierungsmaßnahmen (ALG-Q). Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung, in der Arbeitgeber und Versicherte wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen. Wir wollen die Bürgerversicherung – ein gesetzliches Krankenkassensystem für alle. Und wir wollen eine bessere Bezahlung von Altenpflegerinnen und Altenpfleger.

Gerechte Steuern und Abgaben

Wir müssen mehr investieren, vor allem in Bildung, Kitas, Straßen und schnelles Internet. Gebührenfreiheit bei der Kita entlastet den Großteil der Familien mehr als Steuersenkungen. Wir versprechen bei Steuerentlastungen keine Wolkenkuckucksheime wie CDU und CSU. Mit uns wird es Entlastungen für Familien und kleine und mittlere Einkommen geben, aber keine Steuerentlastungen für Mega-Reiche aus der Gießkanne. Zudem werden wir Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche bekämpfen. Denn wer sein Geld am Fiskus vorbeischleust, schadet den ehrlichen Steuerzahlern. Es kann nicht sein, dass hart arbeitende Menschen und Unternehmen

ehrlich ihre Steuern zahlen und andere ihre Steuern kleinrechnen oder hinterziehen. Steuergerechtigkeit muss national, europäisch und international durchgesetzt werden.

Gutes Leben – in der Stadt und auf dem Land

Wir wollen, dass Wohnraum bezahlbar bleibt. Wir werden deshalb die Mietpreisbremse verbessern und wieder mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Wir werden die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen.

Mehr Sicherheit

Wir wollen mehr Polizistinnen und Polizisten sichtbar auf unseren Straßen haben. Für eine bessere und schnellere Aufklärung von Alltagskriminalität schaffen wir 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern.

Der **Entwurf des SPD-Regierungsprogramms** ist im Internet abrufbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Leitantrag_SPD_2017.pdf

SPD will Chancengleichheit durch Milliardeninvestitionen in Bildung

Martin Schulz: „Gerechtigkeit fängt bei der Bildung an“

SPD-Kanzlerkandidat **Martin Schulz** will bei einem Wahlsieg Milliarden Euro in Bildung investieren. „Ich möchte, dass Deutschland das weltweit stärkste Land in der Bildung wird“, sagte er in Berlin. Bildungspolitik sei „die entscheidende Weichenstellung“, um die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik zu sichern.

Martin Schulz schlägt einen **nationalen Bildungspakt** mit Milliardeninvestitionen in Schulen und mehr Zuständigkeiten für den Bund vor. Die OECD-Industriestaaten würden für Bildung insgesamt im Schnitt 5,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgeben, Deutschland aber nur 4,3 Prozent. „Wir sind nicht mal Durchschnitt“, sagte Schulz bei einer Diskussionsrunde mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern im Berliner Bezirk Neukölln. Diesen Rückstand will Schulz aufholen. Noch besser wäre, das skandinavische Spitzenniveau zu erreichen.

„Herkunft darf kein Schicksal sein“

Schulz trat für ein gerechteres Schulsystem ein. „Herkunft darf kein Schicksal sein.“ Er bekräftigte seine Forderung, die Bildung in Deutschland von der Kita bis zur Hochschule und zum Meisterabschluss kostenfrei zu machen.

„Schule nicht durchökonomisieren“

Als fatal bezeichnete er die jahrelange Politik, Schülerinnen und Schüler so rasch wie möglich für den Arbeitsmarkt verfügbar zu machen: „Wir brauchen mehr Zeit für Bildung.“ Schulz sprach sich für das Abitur nach 13 Schuljahren aus. Schule müsse „auch Spaß machen“.

Der SPD-Vorsitzende machte sich für eine Abschaffung des Verbotes stark, dass der Bund bei der Bildung mit den Ländern kooperieren darf. Das sei ein „in Verfassungsrecht gegossener Irrtum“. In der Bildungspolitik müssten „alle Anstrengungen und Mittel“ gebündelt werden. „Wir brauchen weder Kleinstaaterei noch Kooperationsverbote.“

„Das, was ich hier sage, kostet viel Geld“, sagte Schulz. Allerdings sei es „sinnvoller“, die Milliardenüberschüsse des Staates in die Bildung zu investieren, als sie, wie die Union es vorschlage, in Aufrüstung oder Steuersenkungen zu stecken.

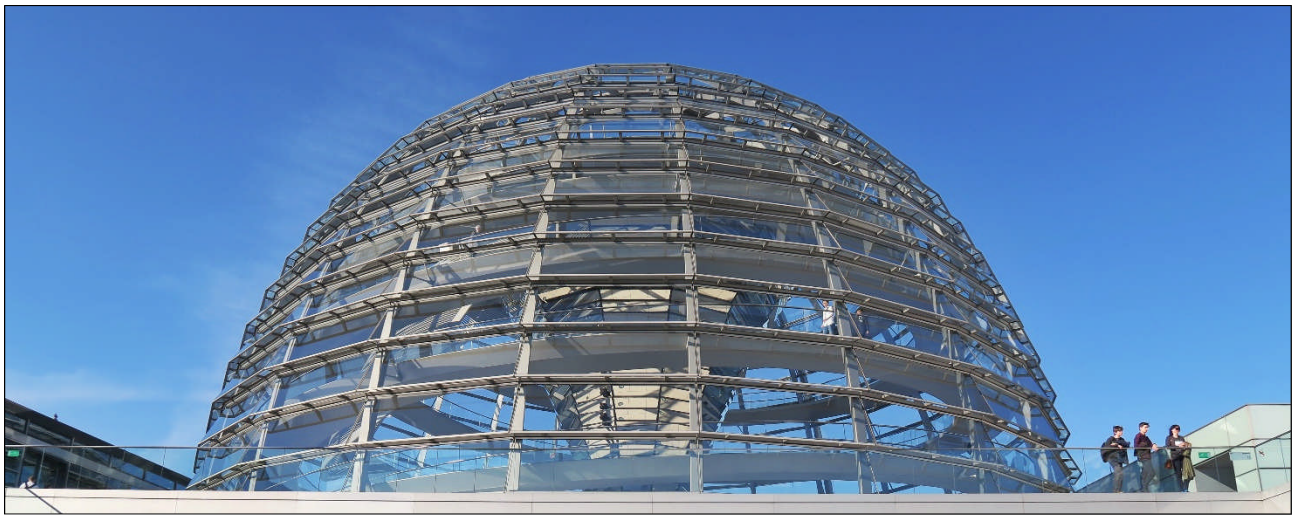
„Bildung gebührenfrei“

Martin Schulz will gleiche Chancen für alle. Denn bei uns entscheide noch immer zu oft der Geldbeutel der Eltern über die Zukunft der Kinder: „Wir machen Bildung gebührenfrei und investieren in moderne Schulen. Kinder, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sollen erleben, dass uns Bildung viel wert ist.“

Martin Schulz und die SPD wollen:

- das **Kooperationsverbot im Grundgesetz abschaffen**. Überall wo es Sinn macht, soll der Bund helfen können, Bildung besser zu machen.
- **alle an einen Tisch bringen**: Bund, Länder und Kommunen mit Lehrerinnen und Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schülern wie auch Studierenden. Eine Bildungsallianz für besseres Lernen.
- **mehr Zeit für Bildung ermöglichen**: mehr gemeinsames Lernen, mehr Raum, um sich orientieren und ausprobieren zu können. Dafür bauen wir flächendeckend Ganztagsschulen aus und führen einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung ein.
- **Bildung gebührenfrei machen**. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung.
- **in flächendeckende Schulsozialarbeit investieren**, damit unsere Kinder immer jemanden bei Sorgen und Unsicherheiten an ihrer Seite haben. Und wir werden Schulen modernisieren.

Es ist Zeit für eine Bildungspolitik, die gleiche Chancen für alle schafft!



Gesetze zur öffentlichen Sicherheit

Stärkerer Schutz der Polizei – extremistische Straftäter besser bewachen

Ende April hat der Bundestag mehrere Gesetze beschlossen, die sich mit Sicherheit und Terrorismusabwehr befassen.

Neustrukturierung BKA-Gesetz

So wird das BKA-Gesetz umgestaltet. Mit dem neuen Gesetz soll die rechtliche Grundlage insbesondere im Hinblick auf Erhebung, Verarbeitung, Speicherung und Austausch von Daten durch das Bundeskriminalamt neu gefasst werden. Zudem soll das BKA neue Eingriffsbefugnisse erhalten, unter anderem die Ermächtigung, Aufenthalts- und Kontaktverbote zu verhängen und präventiv die elektronische Fußfessel einzusetzen.

Ursprünglicher Anlass für die geplante gesetzliche Änderung war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Einsatz von heimlichen Überwachungsmaßnahmen durch das BKA, das Korrekturen im BKA-Gesetz einforderte. In den Gesetzentwurf sind darüber hinaus nun auch Forderungen in Reaktion auf den Terroranschlag in Berlin im Dezember 2016 eingeflossen.

Polizei und Rettungskräfte beim Einsatz schützen

Beschlossen hat der Bundestag auch ein Gesetz zum stärkeren Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften (**Drs. 18/11161**). Gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte sind in jüngster Vergangenheit deutlich angestiegen. Solche Angriffe sind Angriffe auf uns alle und auf unseren Rechtsstaat. Mit dem geplanten Gesetz wollen die Abgeordneten Beamte und Helfer beim Einsatz besser schützen.

Die SPD-Fraktion findet: Auch wer täglich Streife geht oder in der Amtsstube seinen Dienst verrichtet, hat mehr Respekt verdient. Deshalb soll ein neuer, eigenständiger Tatbestand im Strafrecht eingeführt werden, der Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute betrifft und der mit einem verschärften Strafrahmen (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet wird. Tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte werden in Zukunft also härter sanktioniert. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich zudem weiter für mehr Personal und eine bessere Ausstattung von Sicherheitskräften (zum Beispiel Bodycams) einsetzen. Prävention und Sanktion – beides ist notwendig, um Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte wirksamer zu unterbinden.

Extremistische Straftäter strenger bewachen

Mit einem von Regierungsfraktionen und Bundesregierung parallel eingebrachtem und nun beschlossenen Gesetzentwurf werden sowohl die elektronische Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel) nach der Haft im Rahmen der Führungsaufsicht als auch die etwaige Sicherungsverwahrung grundsätzlich auch bei solchen extremistischen Straftätern ermöglicht, die wegen schwerer Vergehen, der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, der Terrorismusfinanzierung oder der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt wurden (**Drs. 18/11162**).

Zugriffsrechte auf Europol-Daten

Ein ebenfalls verabschiedeter Gesetzentwurf setzt die Regelungen der neuen Europol-Verordnung der EU in nationales Recht um (Drs. 18/11502, 18/11931). Damit soll künftig auch den Behörden der Bundespolizei und des Zollfahndungsdienstes sowie den Polizeien der Länder ein Vollzugriff auf Analysedateien von Europol eingeräumt werden. Bislang war der Zugang zu gespeicherten Informationen nur im Treffer/Kein-Treffer-Verfahren sowie nur für die nationale Stelle (für Deutschland: BKA) und für Verbindungsbeamte vorgesehen. Die Kontrolle und Einhaltung des Datenschutzes bei Europol soll weiterhin dem Europäischen Datenschutzbeauftragten obliegen.

Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit

Mehr Transparenz bei Lohnstrukturen soll gleiche Bezahlung von Frauen sichern

Viele Frauen ahnen, dass sie schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen im Betrieb, auch wenn sie die gleiche Arbeit machen. Manchmal stellt sich auch zufällig heraus, dass die Bezahlung unterschiedlich ist. Das wird nicht nur als ungerecht empfunden – es ist ungerecht. Dabei steht seit 1949 im Grundgesetz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Nur beim Lohn gilt das in der Praxis häufig nicht.

Anfang März erinnerte die Equal-Pay-Day-Kampagne zum zehnten Mal daran, dass Frauen im übertragenen Sinne bis Mitte März umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1.1. für ihre Arbeit bezahlt werden. Denn noch immer klafft eine Lohnlücke von bis zu 21 Prozent zwischen Frauen und Männern.

Am 30. März hat der Bundestag endlich das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen (**Drs. 18/111333, 18/11727**) – das so genannte Lohngerechtigkeitsgesetz – beschlossen. Damit wird ein wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Dafür hatten die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesfrauenministerin **Manuela Schwesig** an der Seite von Gewerkschaften und Frauenverbänden hart gekämpft.

Das Gesetz schreibt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ fest. Ziel des Gesetzes ist, mit größerer Transparenz bei den Löhnen zu erkennen, wo Frauen benachteiligt werden. Denn nur wer diese Ungerechtigkeiten kennt, kann sie auch beseitigen. Dadurch sollen Fähigkeiten und Kompetenzen ohne Diskriminierung bewertet, Gehälter auf Augenhöhe verhandelt und eine offene Unternehmenskultur gefördert werden.

Das regelt das Lohngerechtigkeitsgesetz:

Wenn eine Frau in einem Betrieb mehr als 200 Beschäftigten wissen möchte, nach welchen Kriterien sie bezahlt wird, dann muss der Arbeitgeber ihr jetzt dazu Auskunft geben. So erfährt sie, was sie im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen verdient, die die gleiche oder eine gleichwertige Arbeit machen. Neben dem Grundgehalt werden auch zwei Entgeltbestandteile berücksichtigt; zum Beispiel ein Firmenwagen, der auch privat genutzt werden darf. Selbstverständlich können Männer auf dem gleichen Weg in Erfahrung bringen, wie sie im Verhältnis zu ihren Kolleginnen entlohnt werden. Von diesem so genannten Auskunftsanspruch können bis zu 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Außerdem macht es das Gesetz Betriebsräten leichter, Auskünfte zur Lohnstruktur einzuholen.

Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sind aufgefordert, ihre Lohnstrukturen nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ regelmäßig zu überprüfen. Außerdem müssen Unternehmen dieser Größe, die nach dem Handelsgesetzbuch lageberichtspflichtig sind, regelmäßig über den Stand der Gleichstellung und der Entgeltgleichheit berichten. Die Berichte müssen dann öffentlich zugänglich sein.

Das Bundesfrauenministerium wird die Wirksamkeit des Lohngerechtigkeitsgesetzes überprüfen. Dabei werden auch die Betriebe mit weniger als 200 Beschäftigten in den Blick genommen. Darüber hinaus soll bei der Berufswahl so beraten werden, dass sie ohne Rollenstereotype erfolgt. So sollen beispielsweise mehr Frauen für technische Berufe und mehr Männer für den sozialen Bereich gewonnen werden.

Neben den sozialdemokratischen Erfolgen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Einführung des Mindestlohns sowie der gesetzlichen Quote für Frauen in Führungspositionen ist der Gesetzentwurf für Entgelttransparenz ein notwendiger Schritt für einen faireren Arbeitsmarkt. Für die SPD-Fraktion bleibt es auch künftig das Ziel, dass alle Beschäftigten unabhängig von der Unternehmensgröße das individuelle Auskunftsrecht erhalten. Das Prüfverfahren zur Lohngerechtigkeit will die SPD-Fraktion verbindlich regeln sowie nur zertifizierte Verfahren zulassen. Zudem will die SPD-Fraktion Verbandsklagen ermöglichen, um Lohngleichheit durchsetzen zu können.

Karamba Diaby und Martin Dörmann freuen sich mit Ministerin Manuela Schwesig über das neue Lohngerechtigkeitsgesetz

Gesetz zum Ausbau der Kindertagesbetreuung

100.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze

Mit einem neuen Gesetz wird der Ausbau der Kinderbetreuung um zusätzliche 100.000 Betreuungsplätze ermöglicht. Sie sollen für unter Dreijährige und für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt gelten. Dafür investiert der Bund 1,126 Milliarden Euro. Die positive Entwicklung in der Kinderbetreuung ist ein echter Erfolg der SPD-Bundestagsfraktion, die sich dafür seit mehr als zehn Jahren stark macht.

Weil wieder mehr Kinder in Deutschland geboren werden, Kinder aus Flüchtlingsfamilien in unser Land gekommen sind und mehr Eltern Familie und Beruf unter einen Hut bekommen wollen, werden mehr Kita-Plätze benötigt. Denn seit 2013 haben Eltern in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter, wenn ihr Kind älter als zwölf Monate ist. Deshalb wollen Bund und Länder mehr Kinderbetreuungsplätze schaffen.

Dazu hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Entwurf eines Gesetzes zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung (**Drs. 18/11408, 18/12158**) beschlossen. Im parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Bundestagsfraktion erreicht, dass die Bewilligungsfrist für die Bundesmittel um ein Jahr verlängert wird. Das entlastet Kommunen und sichert genug Zeit für eine qualitative Prüfung der Förderanträge.

Mit dem Gesetz wird das Vierte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ für die Jahre 2017 bis 2020 gestartet. Ziel ist 100.000 zusätzliche Kita-Plätze bereitzustellen - und zwar nicht nur für unter Dreijährige, sondern auch für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schulbeginn. Für dieses Ausbauprogramm soll das im Jahr 2007 vom Bund eingerichtete Sondervermögen um 1,126 Milliarden Euro aufgestockt werden. Davon sollen auch qualitative Aspekte vor allem bei der Gestaltung von Innen- und Außenräumen berücksichtigt werden. So können Investitionen gefördert werden, die der Bewegung, der Gesundheitsversorgung, der Inklusion oder der Familienorientierung dienen.

In dieser Legislaturperiode sind bereits durch das Dritte Investitionsprogramm 550 Millionen in den quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung investiert worden. Zusätzlich erhalten die Länder durch den Wegfall des Betreuungsgeldes die frei werdenden Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro bis 2018 für den Bereich Kinderbetreuung. Außerdem beteiligt sich der Bund aktuell jährlich mit knapp 1 Milliarde Euro an den Betriebskosten und unterstützt die Kommunen mit Bundesprogrammen, wie „Sprach-Kitas“ (Sprachförderung) und „KitaPlus“ (Betreuung zu außergewöhnlichen Zeiten).

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) im Jahr 2005 und dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) im Jahr 2008 sowie dem darin verankerten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wurden die gesetzlichen Grundlagen für den beschleunigten Ausbau eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes geschaffen. Und zwar auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion. Seither wurde der Ausbau der Kinderbetreuung durch Bund, Länder und Kommunen enorm vorangebracht.

Als die Investitionsprogramme im Jahr 2008 starteten, besuchten 17,6 Prozent der unter Dreijährigen Kinder bundesweit eine Kindertagesbetreuungseinrichtung. Im Jahr 2016 hatte sich die Betreuungsquote mit 32,7 Prozent fast verdoppelt. Elternbefragungen des Deutschen Jugendinstituts aus dem Jahr 2015 zeigen, dass sich 43,2 Prozent der Eltern mit Kindern unter drei Jahren einen Betreuungs-platz für ihr Kind wünschen. Von den Kindern zwischen drei Jahren und dem Schuleintrittsalter wurden im März 2015 95,3 Prozent der Kinder in einer Kinderbetreuungseinrichtung betreut.

Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Krankheit oder Unfall sollen nicht arm machen

Mit einem neuen Gesetz sollen Menschen, die in Zukunft aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, durch Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente stärker vor Armut geschützt werden. Diese wichtige sozialpolitische Maßnahme geht auf die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zurück.

Alle, die jeden Morgen aufstehen und Jahr für Jahr ihren Job machen, gehen davon aus, dass sie später durch die gesetzliche Rente, Betriebsrente und private Vorsorge für das Alter abgesichert sind. Was aber, wenn dieser Plan durchkreuzt wird und eine Beschäftigung bis zum Renteneintritt unmöglich wird – vielleicht schon im Alter von 45 Jahren?

Das wäre lange vor der Regelaltersgrenze, und zu den gesundheitlichen Leiden kommen Sorgen, wie man künftig finanziell klarkommt. Hierfür gilt: Wer aus gesundheitlichen Gründen langfristig nicht mehr arbeitsfähig ist, für den tritt die Solidargemeinschaft ein. Und er oder sie erhält die sogenannte Erwerbsminderungsrente.

Um die Situation künftiger Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner zu verbessern, hat der Bundestag Ende April einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (**Drs. 18/11926**) in 1. Lesung beraten. Dafür haben die SPD-Bundestagsfraktion und Bundessozialministerin **Andrea Nahles** lange gekämpft.

Eine volle Erwerbsminderung liegt vor, wenn die betroffene Person aus gesundheitlichen Gründen oder wegen einer Behinderung nur noch weniger als drei Stunden am Tag arbeiten kann. Dann springt die

Deutsche Rentenversicherung ein und zahlt die Erwerbsminderungsrente. Die Absicherung des Risikos, aus Gesundheitsgründen nicht mehr arbeiten zu können (Erwerbsminderung), ist eine Kernaufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch für Menschen, die nicht mehr voll, aber noch eingeschränkt arbeiten können (zwischen drei und sechs Stunden täglich) gibt es eine Leistung. In diesem Falle wird eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung gewährt.

Zurzeit beziehen rund 1,8 Millionen Frauen und Männer in Deutschland eine Erwerbsminderungsrente. Gut 15 Prozent davon sind zusätzlich auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Bei den Altersrentnerinnen und -rentnern trifft das aktuell nur auf 2,5 Prozent zu. Pro Jahr müssen mehr als 170.000 Beschäftigte, bevor sie das Regelrentenalter erreicht haben, aus gesundheitlichen Gründen ihren Job aufgeben.

Längere Zurechnungszeiten steigern die Erwerbsminderungsrente

Durch das Rentenpaket im Jahr 2014 wurde bereits die sogenannte Zurechnungszeit bereits von 60 auf 62 Jahre verlängert. Das bedeutet, wenn jemand ab dem 1. Juli 2014 einen Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente hat, wird diese so berechnet, als ob die Person mit ihrem bisherigen Durchschnittseinkommen bis zum 62. Lebensjahr weitergearbeitet hätte. Bei der Berechnung wird außerdem sichergestellt, dass die letzten vier Jahre vor der Erwerbsminderung nicht mitberechnet werden, wenn die Erwerbstätigkeit während dieser Zeit bereits eingeschränkt war und das Einkommen dadurch geringer ausfiel. Durch diese Maßnahmen stieg die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente von 628 Euro im Jahr 2014 auf 672 Euro im Jahr 2015. Hier braucht es damit dennoch noch weitergehende Verbesserungen.

Von 2024 an: Zurechnungszeit nochmal drei Jahre länger

Menschen, die künftig eine Erwerbsminderungsrente bewilligt bekommen werden, sollen besser vor Armut geschützt werden. Deshalb soll die Zurechnungszeit von 2018 an in sechs Stufen um drei Jahre auf 65 Jahre angehoben werden. Von 2024 an wird die Erwerbsminderungsrente für Neuzugänge dann so berechnet, als ob die Person mit ihrem durchschnittlichen Einkommen bis zum 65. Lebensjahr erwerbstätig gewesen sei.

Diese Maßnahme kostet zusätzlich zunächst bis 2021 rund 140 Millionen Euro pro Jahr. Bis 2045 werden die zusätzlichen Kosten pro Jahr auf 3,2 Milliarden Euro angewachsen sein. Das liegt daran, dass die Zahl der Erwerbsminderungsrentner kontinuierlich steigt, die von der längeren Zurechnungszeit profitieren. Diese Maßnahme ist sozial gerecht, denn Menschen, die unverschuldet nicht mehr erwerbsfähig sind, sollen sozial besser abgesichert werden und vor Armut geschützt werden.

SPD-Bundestagsfraktion fordert Öffnung der Ehe für alle

Gesetzentwurf vorgelegt – Union sperrt sich

Immer noch darf er ihn nicht heiraten und sie nicht sie. Homosexuelle Paare können in Deutschland keine Ehe, sondern seit 2001 nur eine Lebenspartnerschaft miteinander eingehen. Die SPD-Bundestagsfraktion will das seit vielen Jahren ändern und fordert die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Im Koalitionsvertrag von Union und Sozialdemokraten steht dazu: „Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir beseitigen.“ Offensichtlich interpretieren die CDU/CSU-Fraktion und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel diesen Satz anders als die SPD-Fraktion und verhindern die Ehe für alle. „Wenn es keine Gleichstellung gibt, dann ist das Diskriminierung“, stellt der Beauftragte für die Belange von Lesben und Schwulen der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Kahrs, fest.

Anfang dieses Jahres hatte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine repräsentative Studie veröffentlicht, nach der 83 Prozent der Befragten wollen, dass eine Ehe zwischen zwei Männern oder zwischen zwei Frauen möglich sein soll. „CDU und CSU sollten endlich über ihren Schatten springen und ihren Widerstand aufgeben“, sagt **Thomas Oppermann**.

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion sieht eine Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch vor. Dort soll im Paragraph 1353 künftig stehen: „Die Ehe wird zwischen zwei Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.“ Damit erlangen schwule oder lesbische Ehepaare auch das volle Adoptionsrecht. Das heißt: Sie können endlich gemeinsam Kinder adoptieren. „Wenn zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, dann sollen sie auch eine Ehe eingehen können – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung“, erklärte SPD-Fraktionsvizin **Eva Högl**.

Paare, die bereits eine Lebenspartnerschaft eingegangen sind, können bei den Standesämtern ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umschreiben lassen. Dies erfolgt dann rückwirkend ab dem Datum, an dem die Lebenspartnerschaft geschlossen wurde. Das ist wichtig für die Stichtage zur Berechnung des Versorgungs- oder Zugewinnausgleichs bei einer eventuellen Scheidung. Nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen keine neuen Lebenspartnerschaften mehr eingegangen werden können. Lebenspartner, die keine Ehe eingehen wollen, führen ihre Lebenspartnerschaft fort.

Übrigens gilt mittlerweile allein in 14 europäischen Ländern die Ehe für alle. Darunter sind auch katholisch geprägte Gesellschaften wie in Spanien oder Portugal. Dort dürfen homosexuelle Paare heiraten. Es wird Zeit, dass Deutschland nicht mehr hinterherhinkt.

Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz

Transparenz bei Briefkastenfirmen

Mit dem beschlossenen Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz wird Licht in die dunklen Geschäftsbeziehungen zu Briefkastenfirmen in Steueroasen gebracht werden. Dazu werden die Offenlegungs- und Mitwirkungspflichten von Steuerpflichtigen erweitert. Das Gesetz kommt so aufgrund des Drucks der SPD-Fraktion.

Am 26. April hat der Bundestag in 2./3. Lesung das Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz werden die Konsequenzen aus den sogenannten Panama-Papers gezogen. Durch diese Enthüllungen war im April letzten Jahres erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden, in welchem Ausmaß anonyme Briefkastenfirmen für Steuerhinterziehung und Geldwäsche genutzt werden.

Mit dem Gesetz soll nun Licht in die dunklen Geschäftsbeziehungen zu Briefkastenfirmen in Steueroasen gebracht werden (**Drs. 18/11132, 18/11184**). Dazu werden die Offenlegungs- und Mitwirkungspflichten von Steuerpflichtigen erweitert. Künftig muss der Erwerb von direkten und indirekten Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften angezeigt werden. Banken müssen künftig mitteilen, wenn sie Geschäftsbeziehungen zu Briefkastenfirmen vermitteln. Bei einem Verstoß gegen diese Pflichten können sie für mögliche Steuerausfälle haftbar gemacht werden.

Die Ermittlungsmöglichkeiten der Finanzbehörden werden verbessert. Das steuerliche Bankgeheimnis wird aufgehoben. Die Möglichkeiten des Kontenabrufs werden ausgebaut. Die Steuerhinterziehung mittels Briefkastenfirmen wird in den Katalog der schweren Steuerhinterziehung aufgenommen. Dadurch verlängert sich die Verjährungsfrist auf zehn Jahre.

Den Banken werden strengere Pflichten zur Identifikation ihrer Kunden auferlegt. Diese Pflichten erstrecken sich nicht mehr nur auf Kontoinhaber und Verfügungsberechtigte, sondern auch auf die oftmals im Hintergrund stehenden wirtschaftlich Berechtigten: Neben Namen, Anschrift und Geburtsdatum muss künftig auch die steuerliche Identifikationsnummer festgestellt werden. Das erleichtert Kontoabfragen durch die Finanzbehörden.

Auf Druck der SPD-Fraktion wurde das Gesetz um eine Meldepflicht der Banken über Konten ohne eindeutige Identifikationsmerkmale ergänzt. Um Alltagsgeschäfte nicht unnötig zu belasten, haben die Abgeordneten Kreditkonten für Verbraucherkredite bis zu 12.000 Euro von der Pflicht zur Erhebung der steuerlichen Identifikationsnummer ausgenommen.

Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken

Gewinnverschiebung multinationaler Konzerne Riegel vorschieben

Der Bundestag hat ein Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen beschlossen. Mithilfe dieses Gesetzes wird Gewinnverschiebungen multinationaler Konzerne durch die Ausnutzung sogenannter Patentboxen ein Riegel vorgeschoben. Das führt zu deutlich mehr Steuergerechtigkeit.

Kompliziert, aber von großer Bedeutung: Der Bundestag hat das Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen beschlossen (**Drs. 18/11233, 18/11531, 18/11683 Nr. 8**). Durch dieses Gesetz wird Gewinnverschiebungen multinationaler Konzerne durch die Ausnutzung sogenannter Patentboxen ein Riegel vorgeschoben.

Das Gesetz sieht dazu vor, dass Lizenzzahlungen für die Nutzung von Patenten im Inland künftig nur noch beschränkt vom Gewinn abgezogen werden können, wenn sie im Ausland beim Empfänger im Rahmen einer Patentbox lediglich einer schädlichen Niedrigbesteuerung unterliegen. Eine solche ist gegeben, wenn die Steuerbelastung unter 25 Prozent liegt und die Steuervergünstigung unabhängig von einer Forschungs- und Entwicklungstätigkeit beim Empfänger gewährt wird. Je höher die steuerliche Belastung beim Empfänger und je mehr die Lizenzzahlung als Entgelt für die Nutzung eines selbstentwickelten Patentes erfolgt, desto höher ist der abziehbare Anteil der Lizenzzahlungen beim Schuldner.

Die Beschränkung wird außerdem nur auf konzerninterne Lizenzzahlungen angewandt. Diese Regelung entspricht dem sogenannten Nexus-Ansatz der OECD und folgt somit den internationalen Empfehlungen zur Bekämpfung von schädlichen Gewinnverschiebungen und Gewinnkürzungen multinationaler Konzerne.

Änderungen bei Sofortabschreibungen

Die Koalitionsfraktionen haben den Gesetzentwurf um eine Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen ergänzt. Damit wird die Fortführung von in Schieflage geratenen Unternehmen erleichtert. Eine gesetzliche Regelung ist notwendig geworden, nachdem der Bundesfinanzhof den bisher geltenden Sanierungserlass der Finanzverwaltung gekippt hat.

Außerdem wird die Grenze für die Sofortabschreibung von sogenannten Geringwertigen Wirtschaftsgütern von 410 Euro auf 800 Euro fast verdoppelt. Durch die schnellere Abschreibung erhöht sich die Liquidität der Unternehmen und damit ihre Investitionsfähigkeit. Außerdem profitieren sie von einer einfacheren Verwaltung, die mit der höheren Sofortabschreibungsgrenze verbunden ist.

Bundesregierung beschließt fünften Armuts- und Reichstumsbericht

Wie ist Wohlstand in Deutschland verteilt?

Zwei zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft sind besonders wichtig für soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in unserem Land: Erstens, dass durch Anstrengung und Leistung soziale Mobilität möglich ist, und zweitens, dass durch Reallohnsteigerungen jeder seinen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand hat.

Umso wichtiger ist es, genau anzuschauen, wie Armut und Reichtum in Deutschland verteilt sind. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der am 12. April vom Kabinett beschlossen wurde, hat vor allem Ungleichheit im Fokus. Nachfolgend werden die zentralen Ergebnisse des Berichtes zusammengefasst:

Lohnungleichheit: Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre war gut, aber nicht sozial gerecht. Die obersten 60 Prozent der Beschäftigten hatten seit Mitte der 90er Jahre bis 2015 einen realen Anstieg ihres Bruttostundenlohns. Die Löhne der unteren 40 Prozent der Beschäftigten dagegen sind heute real geringer. Teilweise ist dies auf einen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Menschen zurückzuführen, die vorher gar nicht erwerbstätig waren oder zu ihrem bisherigen Einkommen hinzuverdienen. Dennoch gibt es ganze Branchen, in denen die Löhne auf niedrigem Niveau stagnieren.

Reichtum und Vermögensungleichheit: Die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50 Prozent verfügen dagegen nur über ein Prozent des Vermögens. Bei einer Befragung zum Thema Hochvermögende gaben zwei Drittel der Befragten an, dass eine Erbschaft oder Schenkung relevant für den Aufbau ihres Vermögens war. Für 60 Prozent war außerdem Selbstständigkeit oder Unternehmertum ein relevanter Faktor.

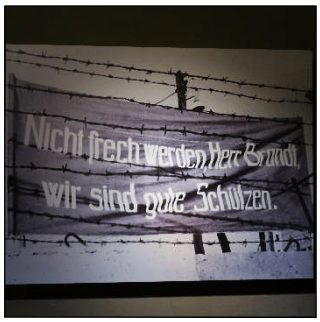
Kinderarmut: Das Armutsrisiko von Kindern liegt bei 64 Prozent, wenn keiner der Eltern arbeitet. Wenn ein Elternteil in Vollzeit beschäftigt ist, sinkt das Risiko auf 15 Prozent – bei zwei in Vollzeit berufstätigen Elternteilen nur noch bei 3 Prozent. Ganze zwei Millionen Kinder sind in Deutschland armutsgefährdet.

Langzeitarbeitslosigkeit: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung ist deutlich gesunken: von fast fünf Prozent im Jahr 2007 auf zwei Prozent im Jahr 2015. Im Jahr 2016 sank die Zahl der Langzeitarbeitslosen das erste Mal auf unter eine Million. Dennoch gibt es eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und Betroffene sind besonders armutsgefährdet.

Altersarmut: Aktuell ist das Armutsrisiko im Alter nicht größer als bei anderen Altersgruppen: Die Armutsrisikoquote liegt im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. In Bezug auf die Mindestsicherungsleistungen zeigt sich, dass die meisten Rentnerinnen und Rentner vom eigenen Einkommen leben können. Dennoch ist Altersarmut besonders schwerwiegend, da sich die Betroffenen kaum durch eigenes Handeln aus dem Armutsrisiko befreien können.

Materielle Entbehrung: In Deutschland gehört materielle Entbehrung nicht zum Alltag: der Anteil der davon betroffenen Menschen ist in den letzten Jahren von ohnehin niedrigem Niveau weiter gesunken auf 4,4 Prozent. Nach EU-weiter Definition bedeutet materielle Entbehrung unter anderem, dass man sich keinen Urlaub leisten kann, nicht angemessen heizen kann, Zahlungsrückstände hat oder aus finanziellen Gründen unfreiwillig auf PKW, Waschmaschine, Fernseher oder Telefon verzichten muss.

Armutsrisikoquote: Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, gilt als armutsgefährdet. Zuletzt entsprach das je nach Datenquelle einem Nettoeinkommen zwischen 942 Euro und 1.189 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Die Armutsrisikoquote ist damit eine relative Größe, die auf die Verteilung von Einkommen in der Gesellschaft Bezug nimmt und Ungleichheit, nicht direkt Armut, misst. Diese Quote bleibt seit 2005 ungefähr gleich und liegt zwischen 15 bis 17 Prozent.



Besuch im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig

Spannende Einblicke in Teilung und Einheit, Diktatur und Widerstand. Zusammen mit seiner Fraktionskollegin **Hiltrud Lotze** besuchte **Martin Dörmann** das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig. Direktor **Jürgen Reiche** führte durch die Ausstellung, die vor allem auf die Geschichte der DDR eingeht. Mit ihm und dem Bürgerrechtler der Friedlichen Revolution 1989 **Uwe Schwabe** sprachen sie auch über aktuelle Stimmungen und demokratiestärkende Initiativen.

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose

SPD will mehr soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt

Der Anteil der Langzeiterwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung ist von fast fünf Prozent im Jahr 2007 auf zwei Prozent im Jahr 2015 gesunken. Auch wenn zum Glück weniger Menschen als bisher ein Jahr oder länger arbeitslos sind, ist jede/r einzelne eine/r zu viel.

Langzeitarbeitslose brauchen echte Chancen auf soziale Teilhabe. Denn Arbeit zu haben und für sich selbst sorgen zu können, ist eine Frage der Würde des Einzelnen und der Teilhabe an unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gilt: Wenn wir als Gesellschaft wollen, dass jede/r sich nach seinen eigenen Möglichkeiten einbringt, dann müssen wir auch für Langzeitarbeitslose Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Die SPD will eine ehrliche und langfristige Perspektive für Menschen bieten, die schon besonders lange arbeitslos sind. Sie sollen eine Chance auf einen Neustart auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

Arbeits- und Sozialministerin **Andrea Nahles** (SPD) hat daher das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ initiiert, das sie weiter ausbauen will. Im aktuellen Rahmen werden bis 2018 rund 10.000 Bezieher von Arbeitslosengeld II gefördert. Kernpunkte des Programms sind:

Zuschuss zum Arbeitsentgelt: Im ersten Jahr Zuschuss von 100 Prozent; nach jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um 10 Prozentpunkte gekürzt bei einer maximalen Förderdauer von 5 Jahren.

Förderung von guter Arbeit: Langzeitarbeitslose nehmen sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse bei Arbeitgebern der freien Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und Kommunen auf.

Coaching: Teilnehmende sind im ersten Jahr zum Coaching verpflichtet; Kosten werden während der gesamten Förderung übernommen.

Wer wird gefördert?

Die Zielgruppe sind Personen, die seit mindestens acht Jahren Leistungen nach dem SGB II beziehen und in dieser Zeit nicht oder nur kurz selbstständig oder abhängig beschäftigt waren. Damit sollen diejenigen erreicht werden, die es besonders schwer haben, wieder eine Arbeit zu finden.

Wie läuft die Förderung ab?

Die geförderten Beschäftigungsverhältnisse sollen im allgemeinen Arbeitsmarkt angesiedelt werden bei Arbeitgebern der freien Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und Kommunen. Die Geförderten werden damit nicht in einem Projekt „geparkt“, sondern bekommen durch reguläre Beschäftigung eine echte Teilhabechance. Kommunen können damit auch gesellschaftlich wünschenswerte Aufgaben umsetzen. Die Förderung soll über direkte Zuschüsse zum Arbeitsentgelt funktionieren. Im ersten Jahr wird ein Zuschuss von 100 Prozent des Arbeitsentgeltes gezahlt. Nach jedem Jahr wird dieser Zuschuss um 10 Prozentpunkte gesenkt. Die Förderhöchstdauer beträgt fünf Jahre.

Die Arbeitsverhältnisse sind sozialversicherungspflichtig - mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, damit nicht durch geförderte Arbeitsverhältnisse aus dem SGB II Arbeitslosengeldansprüche (SGB III) erworben werden. Die Wochenarbeitszeit wird entsprechend der Leistungsfähigkeit der geförderten Person festgelegt. Eine möglichst hohe Stundenzahl ist dabei sinnvoll, weil dann der Übergang in reguläre Beschäftigung wahrscheinlicher ist. Die Geförderten erhalten Coaching und Qualifizierung. Die Kosten hierfür werden übernommen. Der Coach soll die individuellen Förderbedarfe klären und dann einen Förderplan für jeden Teilnehmenden entwickeln.

Digitale Einblicke in Finnland

Mit Mitgliedern seines Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur war **Martin Dörmann** im Mai drei Tage unterwegs in Helsinki. Das Land wird vom Weltwirtschaftsforum auf Platz 2 einer Liste geführt, die die Nutzung von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien bewertet. Zum dicht gedrängten Programm gehörten Treffen mit der zuständigen **Ministerin Anne Berner**, Unternehmen und führenden Experten. In den Gesprächen holte sich die Delegation Einblicke und Anregungen zu Themen wie Breitbandausbau, Cybersicherheit oder Verkehrsdigitalisierung.

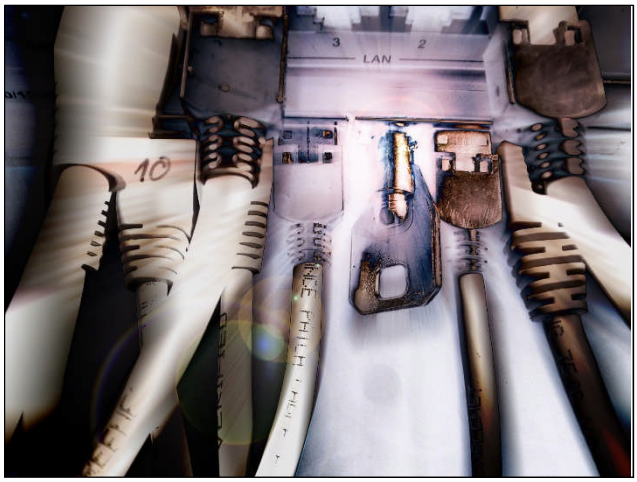
Wo stehen wir beim Breitbandausbau?

Der nachfolgende Artikel von Martin Dörmann erschien in der Fachzeitschrift „DEMO“ Ausgabe 2/2017

Schnelles Internet ist heute Voraussetzung für die gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe in allen Regionen. Im Koalitionsvertrag von 2013 wurde deshalb auf Drängen der SPD eine flächendeckende Versorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Mbit/s als Breitbandziel bis 2018 vereinbart.

Das ist durchaus ehrgeizig, lag doch die Abdeckung Ende 2013 erst bei knapp 60 % der Haushalte. Bis Mitte 2016 ist die Versorgung auf über 71 % gestiegen – und zwar noch weitgehend ohne Fördermittel. Deren bauliche Umsetzung beginnt gerade erst. Nachdem in den Jahren der schwarz-gelben Bundesregierung keine nennenswerte Förderung erfolgte, hat die gegenwärtige Große Koalition dafür gesorgt, dass über 4 Milliarden Euro für die Breitbandförderung zur Verfügung stehen.

Haushaltsrechtlich ist sichergestellt, dass die bestehende Förderkulisse bei Bedarf fortgesetzt werden kann. Seit Anfang Januar 2017 gibt es auch ein spezielles Förderprogramm von 350 Millionen Euro zur Erschließung von Gewerbegebieten.



Das Bundesförderprogramm wird in zeitversetzten Aufrufen ausgeschüttet. Zur Wirkung der Fördergelder des Bundes ein Beispiel aus dem überwiegend ländlichen Mecklenburg-Vorpommern: Dort wird erwartet, dass sich nach Umsetzung von rund 700 Millionen Euro Fördermitteln in 91 Projekten aus dem ersten und zweiten Fördermittelaufruf die Breitbandversorgung von derzeit 52,8 auf 79 % Flächendeckung mit 50 Mbit/s verbessert.

2016 wurden (alleine im ersten und zweiten Aufruf) Mittel für über 200 Projekte mit einem Fördervolumen von über 1,33 Milliarden Euro in Rekordzeit vergeben. Nach den bisherigen Erfahrungen kann davon ausgegangen werden, dass mit den 4 Milliarden Euro Fördermitteln Investitionen von annähernd 10 Milliarden Euro ausgelöst werden. Dabei liegen die technischen Schwerpunkte bei den geförderten Projekten auf der Versorgung von Haushalten und Gewerbegebieten mit glasfaserbasierten Anschlüssen. 60 % der Fälle sind Mischprojekte, in denen mindestens die Kabelverzweiger mit Glasfaser ertüchtigt werden. Etwa ein Drittel der bewilligten Projekte sehen eine vollständige Erschließung der Haushalte mit Glasfaser vor.

Rund 950 Millionen Euro und damit etwas über 70 % der bewilligten Fördermittel des ersten und zweiten Infrastrukturaufrufs entfallen auf Investitionen in Glasfaserprojekte bis zum Haus. Letztlich fließen 94 % der Investitionskosten in den Glasfaserausbau, da auch bei Projekten zur Ertüchtigung der Kabelverzweiger die Verlegung von Glasfaser das Gros der Kosten verursacht. Das belegt, dass die Förderbedingungen so konzipiert sind, dass vor allem in zukunftsfähige Infrastruktur investiert wird.

Der Weg in die Gigabitgesellschaft

Die deutschlandweite Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s ist ein wichtiger Zwischenschritt. Das weitergehende Ziel muss eine Gigabitnetzinfrastruktur sein. Denn der Bedarf nach höheren Bandbreiten wird in den nächsten Jahren deutlich steigen – sowohl mobil als auch leitungsgebunden. Gleichzeitig wird zunehmend deutlich, dass die reine Bandbreite als Qualitätsparameter in der Zukunft nicht mehr ausreichend ist.

Neben der Geschwindigkeit werden auch die Symmetrie im Down- und Upstream, extrem kurze Latenzzeiten und ausreichende Kapazitäten auf allen Netzebenen eine große Rolle spielen. Mobile Verfügbarkeiten und Netzdichte, aber natürlich auch Kosten und Bereitstellungsgeschwindigkeiten müssen zusammengenommen als ein Paket betrachtet werden.

In den nächsten Jahren müssen die richtigen Weichen für private Investitionen gestellt werden, damit sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Potenziale möglichst schnell entfalten können. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich hierzu mit ihrem Beschluss „#DigitalLeben: Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft“ vom Oktober 2016 positioniert.

Der verstärkte Ausbau von Glasfaseranbindungen sowie die Bereitstellung des neuesten Mobilfunkstandards (5G) mit bis zu 10 Gbit/s bei Latenzzeiten von unter einer Millisekunde werden eine zentrale Rolle spielen. Bis 2025 sollen nach unseren Vorstellungen möglichst flächendeckend, jedenfalls aber für mindestens 90% der Gebäude, Geschwindigkeiten im Gigabit-Bereich zur Verfügung stehen.

Bei der Förderung wollen wir einen festen Milliardenbetrag pro Jahr festlegen und damit nachhaltige Impulse für die Implementierung der Gigabitinfrastruktur setzen.

Medienpolitischer Dialog der SPD-Bundestagfraktion

„Rolle der Auslandssender in der globalen Kommunikation“

Diskutierten mit weiteren Gästen über weltweite Medienentwicklungen (v.l.): Daniel Scheschkewitz, Prof. Frank Überall, Martin Dörmann, Peter Limbourg, Dagmar Freitag, Kristina Block, Anne Maillet und Dr. Guido Keel

Das globale mediale Umfeld ist in Bewegung. Die Bedeutung weltweiter Kommunikation nimmt stetig zu. Gleichzeitig sind in vielen Staaten Tendenzen gegen die Presse- und Meinungsfreiheit festzustellen. Journalistinnen und Journalisten sehen sich dort zunehmend Repressalien ausgesetzt. Und autokratische Regime verbreiten ihre staatliche Propaganda.

Vor diesem Hintergrund lud der kultur- und medienpolitischen Sprecher **Martin Dörmann** am 30. März zum nunmehr achten „Medienpolitischen Dialog“ der SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislatur ein, um die Rolle des Auslandrundfunks näher zu beleuchten. Was sind Ziele, Auftrag und Unterschiede der wichtigsten Auslandssender (Deutsche Welle, BBC World, France 24, Russia Today, CNN, Al Jazeera, CCTV)?

Was sind in der heutigen Zeit „unabhängige Informationen“ und welche Bedeutung haben sie noch? Unter Moderation von Martin Dörmann diskutierten VertreterInnen dreier europäischer Auslandssender, **Peter Limbourg**, Intendant der Deutschen Welle, **Kristina Block** von BBC News sowie **Anne Mailliet** von France 24. Auf dem Podium saßen zudem **Frank Überall**, Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes sowie der Züricher Medienwissenschaftler **Guido Keel**.

Der Letztgenannte wies in seinem Impulsvortrag darauf hin, dass in den vergangenen 10 Jahren ein Paradigmenwechsel in der öffentlichen Kommunikation stattgefunden habe. Durch die weltweite Digitalisierung dringen Informationen schneller und ungefilterter, aber eben auch ungeprüfter in alle Winkel der Welt vor und erzeugen Wechselwirkungen rund um den Globus. Bei dieser unüberschaubaren Vielfalt des Internets wüchsen die Ansprüche an die Unabhängigkeit und Qualität der Medien.

Während in den westlichen Gesellschaften vor allem das Problem der Verlässlichkeit von Medien diskutiert werde, sei das Hauptproblem in den meisten anderen Teilen der Welt vor allem die Pressefreiheit bzw. die Unterdrückung von journalistischer Arbeit. Keel wies den nach möglichst objektiven Kriterien arbeitenden Auslandssendern, die er in klarem Kontrast zu den nach nationalen Interessen agierenden Sendern stellte, eine Schlüsselrolle zu, um weitestgehend unabhängig von lokalen Repressionen und mit globaler Wirkung für die globale Demokratie eintreten zu können. Die digitalisierte und vernetzte Gesellschaft brauche unabhängige Medien, Auslandssender hätten dafür die besten Voraussetzungen.

Peter Limbourg als Intendant des deutschen Auslandssenders „Deutsche Welle“ unterstrich den Objektivitätsanspruch seines Senders, der primär der kritischen und zeitgemäßen Informationsvermittlung verpflichtet sei. Er unterstrich das wachsende Problem der „Fake News“, das er aber weder als neu noch übergroß bewertete. Zentraler seien dagegen Effekte staatlicher Propaganda, die zunehmend sei.

Diesem könne man nicht mit Gegenpropaganda, sondern nur mit besserer Information entgegenwirken. All dies gelinge aber nur mit großer Reichweite, die mit Koproduktionen, aber auch mit dem „Gottesgeschenk“ der social-media-Instrumente stark gesteigert werden könne. Insgesamt müsse alles getan

werden, um die Unabhängigkeit der Auslandssender zu wahren, diese sei jedoch nicht akut bedroht.

Die Vertreterinnen der britischen und französischen Auslandssender erläuterten die Besonderheiten ihrer Sender, betonten aber auch den Wert crossmedialer Vernetzung und Pluralität in der Berichterstattung, die durch MitarbeiterInnen unterschiedlichster Herkunft klar gestärkt würde.

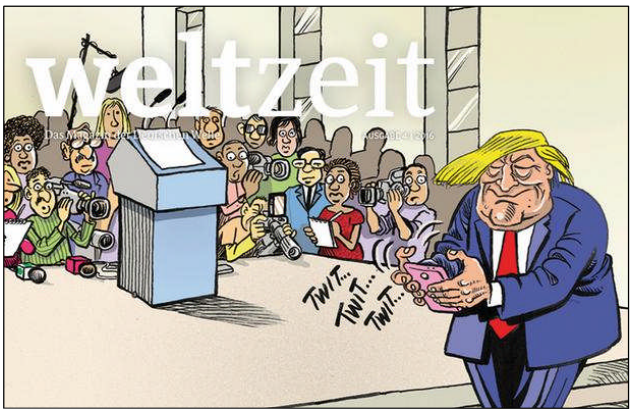
Während sich die Runde sehr einig war, dass die unterschiedlichen Auslandssender unverzichtbar für die freie globale Berichterstattung und Demokratie sind, wies der Vertreter der Journalistengewerkschaft darauf hin, dass diese wertvolle Arbeit nur mit sicheren Arbeitsbedingungen auf hohem Niveau geleistet werden könne. Deshalb forderte Frank Überall eine Verankerung der Bestands- und Entwicklungsgarantie im Deutsche Welle-Gesetz, um unabhängig von haushalterischen Erwägungen der jeweiligen Bundestage langfristig planen zu können. Damit würde die Deutsche Welle Sicherheiten bekommen, wie sie der beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk durch verfassungsgerichtliche Rechtsprechung bereits seit 1991 garantiert hat.

Zum Hintergrund sei erwähnt, dass es der SPD-Fraktion in dieser Legislaturperiode gelungen ist, die Finanzierung der Deutschen Welle zu stabilisieren und einen Ausbau des Programms zu ermöglichen. Dieser Weg soll konsequent fortgesetzt werden. Für die nächste Legislaturperiode soll ein Aufwuchs der Mittel auf mindestens dem deutlich höheren Niveau des französischen Auslandsrundfunks angestrebt werden. Diese Zielsetzung wurde bei den letzten Haushaltsberatungen bereits vom Haushaltsausschuss des Bundestages als Aufforderung an die Bundesregierung formuliert.

*Die **Fachzeitschrift "pro media"** hat in ihrer Mai-Ausgabe (Nr. 5/2017) von der Veranstaltung der SPD-Fraktion berichtet und die Deutsche Welle als Titelthema aufbereitet. Hierzu erschien auch ein **Interview mit Martin Dörmann**, das wir auf den Folgeseiten ausdrucken.*

Personalversammlung der Deutschen Welle

Gute Stimmung bei der Personalversammlung der Deutschen Welle in Bonn, zu der Martin Dörmann als Talkgast eingeladen war. In dieser Wahlperiode ist es gelungen, den Auslandssender spürbar zu stärken. Diesen Weg möchte die SPD nicht nur fortsetzen sondern sogar deutlich ausbauen. Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch ihre engagierte journalistische Arbeit daran mitwirken, dass auch in Diktaturen objektive Informationen verbreitet werden!



Kostenfreies Abo der DW-Zeitschrift „Weltzeit“

Die Zeitschrift „Weltzeit“ der Deutschen Welle bringt die Welt ein Stück näher, berichtet über die Erfahrungen eines weltweit präsenten Medienunternehmens: mit Reportagen aus allen Kontinenten, Berichten zur Entwicklung der internationalen Medienmärkte und Interviews mit Experten zu internationalen Themen, bei denen Medien eine wichtige Rolle spielen. Die Zeitung erscheint vier Mal im Jahr und kann mit einer Mail an **weltzeit@dw.com** kostenfrei aboniert werden.

Interview mit Martin Dörmann in der Zeitschrift „pro media“ (Nr.5/2017)

„Glaubwürdigkeit ist der Markenkern der Deutschen Welle“

promedia: Herr Dörmann, worin sehen Sie die aktuelle Bedeutung der Deutschen Welle?

Dörmann: Die Deutsche Welle leistet einen unverzichtbaren Beitrag für Völkerverständigung und Meinungsfreiheit. Wir erleben alle, wie sehr das globale mediale Umfeld in Bewegung ist. Die Bedeutung weltweiter Kommunikation nimmt stetig zu und beeinflusst politische Prozesse stark. Mit der unüberschaubaren Vielfalt des Internets wächst das Bedürfnis nach verlässlicher, einordnender Information. Gleichzeitig betreiben autokratische Regierungen Propaganda und gehen repressiv gegen Journalisten vor. Vor diesem Hintergrund ist es wichtiger denn je, dass Deutschland mit einem Auslandssender präsent ist, der sich unseren Werten und unserem Selbstverständnis von freier Berichterstattung verpflichtet fühlt.

promedia: Wer entscheidet über den Auftrag und die inhaltliche Ausrichtung der Deutschen Welle?

Dörmann: Die allgemeinen Ziele sind im Deutsche-Welle-Gesetz geregelt. Das sind insbesondere die Förderung des Verständnisses und des Austausches zwischen Kulturen und Völkern, die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes und die Förderung der deutschen Sprache. Konkretisiert wird die inhaltliche Ausrichtung durch die Aufgabenplanung, die von der Deutschen Welle in eigener Verantwortung erstellt wird. Darin werden – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten – die strategischen Ziele und die Schwerpunkte des Programms bestimmt. Zwar haben Bundesregierung und Parlament die Möglichkeit einer Stellungnahme. Letztlich entscheiden aber die Gremien der DW. Der Gesetzgeber hat es bewusst so angelegt, dass sie bei der Produktion ihrer Programminhalte staatlich weitestgehend unbeeinflusst bleiben soll.

promedia: Welche Rolle kann die Deutsche Welle in Ländern und Regionen spielen, in denen die Pressefreiheit

eingeschränkt ist?

Dörmann: Besonders Menschen, die unter demokratiefeindlichen Regimes leben müssen, sind auf verlässliche Informationen über ihr eigenes Land angewiesen, da sie von den staatlichen Medien nicht geboten werden. Gerade dort ist die DW als „Stimme der Freiheit“ sehr anerkannt. Sie sendet in 30 Sprachen und ist weltweit trime-dial empfangbar, also je nach Region per TV oder Radio und überall online.

promedia: Inwieweit ist die Deutsche Welle noch ein Botschafter Deutschlands?

Dörmann: Die journalistisch unabhängige Berichterstattung unseres Auslandssenders stärkt weltweit bei vielen Menschen die überwiegend positive Bewertung Deutschlands. Die Deutschen Welle bringt den deutschen Blickwinkel auf Weltnachrichten mit ein. Gleichzeitig vermittelt sie durch ihr Programm ein umfassendes Bild unserer Kultur und Gesellschaft, ermöglicht so interessierten Menschen im Ausland eine Verbindung zu unserem Land und unseren Werten. Und schließlich bietet sie mit ihren kostenlosen Sprachkursen einen leichten und beliebten Zugang zur deutschen Sprache.

promedia: Inwieweit muss die Deutsche Welle die Politik der Bundesregierung ins Ausland transportieren?

Dörmann: Die Ansicht der Bundesregierung ist lediglich eine der zu vermittelnden Auffassungen. Die Deutsche Welle arbeitet journalistisch unabhängig. Sie ist somit kein Sender, der etwa unkritisch die Positionen der Bundesregierung verbreitet. Es geht um ein umfassendes Bild unserer Gesellschaft und gerade nicht um Regierungspropaganda.

promedia: Wo sehen Sie die Stärke und auch Spezifik der Deutschen Welle im Vergleich zu anderen Auslandssendern?

Dörmann: Hohe Glaubwürdigkeit und journalistische Qualität sind der Markenkern der Deutschen Welle. Deshalb genießt sie einen extrem guten Ruf als verlässlicher Nachrichtenlieferant. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus sechzig Nationen schaffen Zugang zu Informationen für eine nahezu weltweite Nutzergemeinde. Gegenüber den anderen großen Auslandssendern arbeitet sie wirtschaftlich besonders effizient, was das Verhältnis von Etat und Nutzerzahlen angeht. Und sie zeichnet sich besonders durch einzigartige Formate aus, die bereits oft prämiert wurden. Als Beispiel sei die Reihe „Shababtalk“ erwähnt, die in Jordanien als „beste arabische Jugend- Talkshow“ ausgezeichnet wurde. Überhaupt verfolgt die DW in der für uns besonders wichtigen arabischen Welt einen fast einzigartigen dialogorientierten und interaktiven Ansatz, der ankommt.

promedia: Sollte der Auftrag weiter und flexibler gefasst werden?

Dörmann: Jedenfalls muss sich die Deutsche Welle weiterentwickeln und reaktionsfähig sein. Wir müssen sie in die Lage versetzen, auf politische und gesellschaftliche Veränderungen und vor allem auch auf neue Krisen redaktionell reagieren zu können. Etwa im Hinblick auf die Besetzung der Krim durch Russland, die Einschränkung der Demokratie in der Türkei oder bei Flüchtlingsthemen. Der Bundestag hat der Deutschen Welle hier rasch zusätzliche Mittel zur Stärkung der Berichterstattung gegeben. Ich setze mich nachdrücklich dafür ein, dass wir diesen Weg konsequent fortsetzen und ausbauen.

promedia: Reichen, um diese Aufgaben zu erfüllen, die finanziellen Mittel aus?

Dörmann: Die Herausforderungen sind gewachsen. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode eine echte Trendwende eingeleitet. Die Mittel für das Programm sind erstmals seit Ende der 90er Jahre wieder wirklich gestiegen. Nun gilt es, die Planungssicherheit

weiter zu erhöhen, indem nicht erst in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses notwendige Erhöhungen des Etats beschlossen werden, sondern sie sich schon vollständig im Etatansatz der Regierung wiederfinden. Und zwar auf deutlich höherem Niveau als heute.

promedia: In welche Richtung muss sich die Deutsche Welle inhaltlich und technisch entwickeln?

Dörmann: Die Deutsche Welle ist in einem spannenden Prozess, um ein digitales Medienhaus zu werden. Dazu sind umfassende technische Verbesserungen angeschoben worden, auch mit zusätzlichen Mitteln des Deutschen Bundestags. Die Produktions- und Distributionsbedingungen haben sich weltweit stark verändert. Das ist ein sehr aktuelles Thema für alle internationalen Medien, denn die Nutzer erwarten eine schnelle Belieferung mit Informationen auf mobilen Endgeräten und ganz besonders über Soziale Medien. Da muss die DW auf Augenhöhe mit anderen agieren können. Sie macht das prima und sehr innovativ, gerade auch mit ihren Onlineangeboten. Was Investitionen in neue Technik angeht, gibt es allerdings einen großen Nachholbedarf, weil die Finanzmittel in der Vergangenheit zu knapp bemessen waren.

promedia: Also muss und wird es für die Deutsche Welle mehr Geld geben?

Dörmann: Eindeutig: Ja! Dafür setzt sich jedenfalls die SPD-Bundestagsfraktion intensiv ein. Vom derzeitigen Koalitionspartner kommen ähnliche Signale. Und der Haushaltsausschuss hat bereits im vergangenen Jahr die Bundesregierung aufgefordert, sich am deutlich besser ausgestatteten französischen Auslandsrundfunk zu orientieren. Der liegt mit derzeit rund 380 Millionen Euro um einiges vor der Deutschen Welle mit 326 Millionen Euro. Die BBC liegt mit ihrem Weltprogramm inzwischen sogar jenseits der 500 Millionen. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass es in der nächsten Wahlperiode gelingen kann, den DW-Etat dauerhaft um einen größeren zweistelligen Millionenbetrag aufzustocken. Damit ließen sich dann für mehrere Sprachen zusätzliche Programmangebote sowie sinnvolle Technikinvestitionen finanzieren. Nicht zuletzt käme das auch den Perspektiven für die Beschäftigten zu Gute.

promedia: Wie zukunftssicher ist die Existenz der Deutsche Welle abgesichert?

Dörmann: Die Existenz steht überhaupt nicht in Frage, sie ist gesetzlich geregelt. Es geht nun um zusätzliche Entfaltungsmöglichkeiten. Die sind natürlich letztlich von politischen Haushaltsentscheidungen abhängig. Aber da genießt die Deutsche Welle derzeit starken Rückenwind, den wir nutzen sollten.

promedia: Was halten Sie von dem Vorschlag, im DW-Gesetz eine Bestands und Entwicklungsgarantie festzuschreiben?

Dörmann: Diesen Vorschlag des DJV habe ich als große Anerkennung und Unterstützung für die Arbeit der DW empfunden. Er ist mir deshalb durchaus sympathisch. Allerdings würde die praktische Umsetzung, soll sie nicht rein deklaratorisch sein, einige ungeklärte Verfahrensfragen aufwerfen. Soll man etwa ein Gremium außerhalb des Bundestages schaffen, um diese Kriterien zu überprüfen? Das könnte zu unnötigen Reibungsverlusten führen. Da erscheint es mir eigentlich zielführender, sich zunächst auf den beschriebenen Weg zu konzentrieren, um die angestrebte Etaterhöhung so schnell wie möglich umzusetzen. Wir sollten uns dann im Laufe der nächsten Wahlperiode in Ruhe ansehen, inwieweit das Deutsche-Welle- Gesetz im Hinblick auf neue Rahmenbedingungen angepasst werden muss.

promedia: Also keine KEF für die Deutsche Welle und keine Beitragsfinanzierung?

Dörmann: Bundestag, Bundesregierung und Deutsche Welle sind in stetigem Austausch. Alle Beteiligten wissen, wo Entwicklungsmöglichkeiten sind. Es kommt eher auf deren solide Finanzierung an. Die Bundesregierung sollte bereits durch einen deutlich erhöhten Etatansatz den vom Parlament artikulierten Willen nachvollziehen und Planungssicherheit schaffen. Letztlich entscheidet der Bundestag durch die Verabschiedung des Bundeshaushaltes. Die vereinzelt ins Spiel gebrachte Alternative einer Beitragsfinanzierung erscheint mir dagegen wenig attraktiv. Wir erleben ja gerade den starken Druck der Länder für mehr Effizienz in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, damit der Rundfunkbeitrag möglichst stabil gehalten wird. Ich bin froh, dass wir mit der Deutschen Welle nicht in dieses Fahrwasser gelangen, sondern stattdessen sehr konkret über eine erhebliche Aufstockung der Finanzmittel sprechen.

promedia: Warum ist die Deutsche Welle in Deutschland nicht zu empfangen? Für die in Deutschland lebenden Bürger mit Migrationshintergrund wäre das doch eine wichtige Informationsquelle?

Dörmann: Die Aufgabenverteilung zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendern, die im Inland an der politischen Meinungsbildung mitwirken, und der Deutschen Welle als Auslandssender der Bundesrepublik ist klar geregelt und hat sich bewährt. Mit Blick auf rund eine Millionen Flüchtlinge in Deutschland hat die Deutsche Welle ihre Flüchtlingsberichterstattung intensiviert und Deutschlern- Angebote erweitert. Sie ist derzeit vorübergehend sogar über die europäische Satellitenausstrahlung mit ihrem arabischsprachigen Programm in Deutschland präsent. Die DW leistet damit in einer historischen Ausnahmesituation eine wichtige Informations- und Integrationsarbeit. Würde sie sich allerdings darüber hinaus in die innenpolitische Meinungsbildung aktiv einbringen, würde sich für sie die Frage eines Systemwechsels unter die Medienhoheit der Länder stellen. Gerade weil derzeit die Finanzierungsaussichten für die Deutsche Welle im Bund so positiv sind, wäre das wohl eher ein Risiko für sie. Stattdessen sollte die bestehende Kooperation mit ARD und ZDF weiter ausgebaut werden, damit die besondere Auslands-Kompetenz der Deutschen Welle auch in Deutschland noch besser genutzt werden kann. Zudem stehen hier natürlich die Onlineangebote uneingeschränkt zur Verfügung..

Mitarbeiterwechsel im Berliner MdB-Büro von Martin Dörmann

Mirko Vossen folgt auf Matthias Dahlke als wissenschaftlicher Mitarbeiter

Dr. Matthias Dahlke war seit 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Martin Dörmann und betreute dort vor allem die fachpolitischen Themen digitale Infrastruktur, Telekommunikation, Medien- und Netzpolitik. Zum 1. Juni wechselt er als Referent für Digitales in die Staatskanzlei Brandenburg.

Sein Nachfolger ist **Mirko Vossen**. Der gebürtige Kölner hat einen Abschluss im Studiengang Medien und politische Kommunikation. Berufserfahrung hat er unter anderem als Freier Mitarbeiter beim Kölner Stadt-Anzeiger und in anderen Bereichen der Kölner Medienlandschaft gesammelt. Zudem arbeitet Mirko als Redakteur für die „Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen“.

Martin Dörmann: „Vielen Dank an Matthias für die tolle Zusammenarbeit! Und Mirko ein herzliches Willkommen im Team!“

Mirko Vossen (r.) wird Nachfolger von Dr. Matthias Dahlke (l.) im Berliner MdB-Team von Martin Dörmann. Dazu zählen weiterhin Stefan Stader (Büroleiter) und Manuela Seifert (Studentin)

Auf KulTour in Paderborn

Die von **Martin Dörmann** geleitete Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion war im Mai zu einer zweitägigen Wahlkreis-Bereisung bei ihrem Kollegen **Burkhard Blienert** in Paderborn. Auf dem Programm stand unter anderem ein Besuch des Künstlers **Manfred Webel**, der in seinem Mobilen Kunstcontainer diverse Projekte zur kulturellen Bildung vorstellte. Im Theater Paderborn bot Intendantin **Katharina Kreuzhage** bei einer persönlichen Führung einen Blick hinter die Kulissen. Bei einem Podiumsgespräch zum Thema „Kultur und Politik im Dialog“ diskutierten die BundespolitikerInnen mit Kulturschaffenden aus der Paderborner Szene. Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch des Skulpturengartens des rennomierten Künstlers **Wilfried Hagebölling**.

Frauen verdienen 100 Prozent!

Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit auch gleich bezahlt werden. Deshalb wurde Anfang März im Bundestag auf Initiative und Drängen der SPD das **Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen** verabschiedet. Es zielt darauf ab, verdeckte Benachteiligungen von Frauen zu erkennen und wird dazu beizutragen, dass sie beseitigt werden (siehe Artikel auf Seite 15).

Marathon mit der Politik

Vor kurzem führte Martin Dörmann ein Video-Interview mit der GEMA im Rahmen des Projekts „Marathon mit der Politik“. Auf einem kleinen Spaziergang vom Bundestag zum Berliner Büro der GEMA sprach er mit Michael Duderstädt über die Arbeit eines Abgeordneten, den Kölner Karneval, Rechtspopulismus und die anstehende Bundestagswahl. Das **Video** ist eingestellt unter **www.martin-doermann.de**.

Zeit für mehr Gerechtigkeit. Zeit für Martin Schulz. Zeit für eine SPD-Mitgliedschaft! In den letzten Monaten sind besonders viele engagierte Menschen in die SPD eingetreten. Sie wollen mit Martin Schulz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt kämpfen und helfen, unsere Demokratie gegen Rechtspopulisten zu verteidigen. Jetzt Mitglied werden unter:

www.mitgliedwerden.spd.de/eintritt

Wahlkampf-Spendenkonto

Am 24. September findet die Bundestagswahl statt. Für diejenigen, die für den SPD-Wahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die Kontoverbindung:

SPD Köln, IBAN: DE53 3705 0198 1930 2065 35, BIC: COLSDE33XXX, Sparkasse KölnBonn.

Bitte als Zweck eintragen:
Spende Bundestagswahlkampf WK 93 Dörmann

BERLIN DEPESCHE
Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)
16. JAHRGANG • NR. 104 April 2017
STANDPUNKT
WAHLKREIS
KÖLN
NRW-LANDTAGSWAHL AM 14. MAI
SPD
BUNDESTAG
INFOS UND IMPRESSUM
Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

Berlin Depesche abonnieren

Die Berlin Depesche erscheint etwa siebenmal im Jahr. Sie wird per **eMail** versendet und auf der **Homepage** www.martin-doermann.de eingestellt.

Wer in den **eMail-Verteiler** aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (SPD-Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Druckexemplare sind in den drei Bürgerbüros von Martin Dörmann vorrätig. Die Adressen sind auf der letzten Seite aufgeführt.

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MDB

Aufgabenschwerpunkte

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I
- Arbeitsschwerpunkte: Kultur, Medien, digitale Infrastruktur

Funktionen und Mitgliedschaften im Bundestag (18. WP)

- Kultur- und medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Stellv. Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied im Verwaltungsrat der Deutschen Welle
- Mitglied im Vorstand der SPD-Medienkommission

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Besucheradresse:
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam
Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke (bis 31.05.)
Mirko Vossen, Manuela Seifert
Öffnungszeiten
Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 18:30 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann
Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Dietz, Anton Gerber,
Thomas Schwanstecher (Webmaster)
Öffnungszeiten
Mo. bis Do.: 9 bis 17 Uhr
Fr.: 9 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Susana dos Santos Herrmann, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Susana dos Santos Herrmann
Frank Heinz (ab 1.6., zuvor bei MdL Gatter)
Öffnungszeiten
Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiter
Benedikt Dettling
Öffnungszeiten
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2017

Sitzungswochen im 1. Halbjahr 2017 sind die 3., 4., 7., 10., 12., 13., 17., 20., 22., 25.und 26. KW. Die Übersicht für ist abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenarge-schehen/sitzungskalender/index.html

Die **Bundestagswahl** findet am **24. September 2017** statt.

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER
Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION
Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Matthias Dahlke, Nadesha Dietz, Manuela Seifert, Stefan Stader, Mirko Vossen

BILDNACHWEIS
Friedrisch-Ebert-Stiftung: S. 3 o.r.;
Stiftung „Haus der Geschichte“: S. 3 m., u.;
Anatoliy Stepanko: S. 5 o.r., u.l.;
Bildstelle/BPA: S. 7 o.r.;
Berhard Daldrup: S. 8 o.l.;
Photothek.net: S. 9 u.r.;
KölnSPD/Monika Nonnemacher: S. 11 o.r.;
MSBSV/Ralph Sondermann: S. 11 o.l.; Susie Knoll: S. 13;
Pixelio/RKB by Klicker: S. 21;
spdfraktion.de: 23 m.r.;
Gardo/Deutsche Welle: S. 23 u.r.;
SPD-Bundestagsfraktion: S. 27 o.r.;
GEMA/Duderstädt: S. 27 o.l.;
SPD: S. 27 m.r.;
Sonstige: Büro M. Dörmann

ERSCHEINUNGSWEISE
Die Berlin Depesche erscheint siebenmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER
Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de

FRÜHERE AUSGABEN
Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

FACEBOOK
www.facebook.com/martin.doermann

HOMEPAGE
www.martin-doermann.de